

Transatlantischer New Deal?

Barack Obama und die Zukunft der NATO

von Jürgen Wagner

Einleitung

"Staaten haben keine Freunde, Staaten haben Interessen", so der aus dem 19. Jahrhundert stammende Spruch, weshalb sich Militärbündnisse formieren und vor allem, unter welchen Umständen sie Bestand haben. Dies trifft auch auf die 1949 gegründete NATO zu, deren Raison d'Être einst von ihrem ersten Generalsekretär Lord Ismay folgendermaßen zusammengefasst wurde: "Um Russland draußen, die Deutschen klein und die Amerikaner in Europa zu halten."¹ Mit anderen Worten, das Ziel der NATO lautete folgendermaßen: Sieg des westlich-kapitalistischen Blocks unter Führung der Vereinigten Staaten über die Sowjetunion.² Nach deren Untergang Anfang der 90er Jahre konnte diesbezüglich Vollzug gemeldet werden, weshalb viele Beobachter davon ausgingen, dass nun auch die NATO überflüssig geworden und damit dem Untergang geweiht sei.³ Doch weit gefehlt: entgegen zahlreicher Prognosen legte das Bündnis eine erstaunliche Dynamik an den Tag.

Von nun an wollte man, soweit bestand Konsens im Bündnis, die soeben erlangte Vorherrschaft mitsamt der vom Westen dominierten neoliberalen Weltwirtschaftsordnung dauerhaft absichern – und ein zentrales Mittel hierfür war die NATO, die auf zweierlei Weise konsequent hierauf ausgerichtet wurde: *territorial* ging man rasch dazu über, sich möglichst große Teile der sowjetischen Konkursmasse per NATO-Mitgliedschaft dauerhaft einzuverleiben⁴, während die Allianz *funktional* ihren Operationsschwerpunkt von der Landesverteidigung hin zu globalen Militäreinsätzen verlagerte. Diese Interventionsausrichtung fand mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien Anfang 1999 ihren "krönenden" Abschluss und wurde nahezu parallel mit der Verabschiedung eines neuen Strategischen Konzepts schriftlich fixiert.⁵

Es lässt sich also mit Fug und Recht behaupten, dass sich die NATO nach dem Kalten Krieg grundlegend veränderte. Zentral für das Verständnis der heutigen Konstellation ist jedoch, dass dieser Prozess alles andere als reibungslos vonstatten ging, es gab einen auffälligen "Gegensatz zwischen institutioneller Vitalität des Bündnisses auf der einen Seite und den anscheinend immer heftiger werdenden Konflikten innerhalb der Allianz."⁶ Diese Konflikte waren primär auf die gänzlich unterschiedlichen Vorstellungen über die künftige Machtverteilung innerhalb des transatlantischen Bündnisses zurückzuführen. Auf der einen Seite standen die EU-Staaten, insbesondere Frankreich und Deutschland, die Anfang der 90er Jahre eine "Konföderation des Westens" anstrebten. Unzufrieden mit der langjährigen Rolle als "Subunternehmer Amerikas" (Ernst-Otto Czempel) forderten sie nun von den USA eine Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe – mithin also einen größeren Anteil am zu verteilenden Kuchen. Kurzzeitig schienen auch Teile der US-Eliten mit einer solchen Konföderation sympathisiert zu haben, rasch setzte sich unter ihnen aber die Auffassung durch, aufgrund der uneingeschränkten US-Vormachtstellung bestünde keinerlei Notwendigkeit für derartig weit reichende Zugeständnisse an die EU-Verbündeten.⁷ Auf dieser Basis wurden die beiden Ziele der US-amerikanischen Globalstrategie nach dem Kalten Krieg entwickelt und fortan zielstrebig verfolgt: das neoliberale System auszuweiten und gleichzeitig die uneingeschränkte US-Vorherrschaft gegenüber Russland, China *und* der Europäischen Union langfristig zu zementieren.⁸

Dies musste mit den EU-Ambitionen kollidieren, weshalb sich die transatlantischen Konflikte immer weiter zuspitzten und ihren ersten Höhepunkt Mitte 1999 erreichten. Damals beschloss die Europäische Union als Lehre aus dem NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien, in dem Washington barsch die alleinige Führungsrolle für sich reklamierte, eine unabhängig von der NATO und damit den USA einsetzbare Armee aufzubauen. Insbesondere aber als die US-Politik nach dem Amtsantritt George W. Bushs und der Machtübernahme der Neokonservativen immer unilateraler agierte, ja teils sogar offen anti-europäische Züge annahm, verschärfen sich die transatlantischen Konflikte bis zu einem Punkt, an dem der Fortbestand des Bündnisses ernsthaft in Frage stand.⁹

Die Politik der Bush-Administration gründete auf der Fehlannahme, die USA könnten - ohne ernsthafte Konsequenzen befürchten zu müssen - rücksichtslos ihre Interessen durchsetzen.¹⁰ Doch der Versuch, mit dem "Krieg gegen den Terror" die alleinige Vorherrschaft der Vereinigten Staaten auf Dauer abzusichern, mündete in einem ökonomischen, militärischen und politischen Desaster und hat zu einer massiven machtpolitischen Schwächung der Vereinigten Staaten geführt. Als Folge dieser imperialen Überdehnung sind die USA gegenwärtig nicht mehr in der Lage, die Stabilität des zunehmend krisenanfälligeren Weltwirtschaftssystems nahezu im Alleingang zu gewährleisten. Darüber hinaus fällt es zunehmend schwer, den machtpolitischen Aufstieg der potenziellen Rivalen Russland und China ohne Verbündete effektiv zu bremsen. Somit scheint nicht etwa das gerne proklamierte "Ende der Geschichte" (Francis Fukuyama¹¹) – der ultimative Sieg des neoliberalen Ordnungsmodells unter US-Vorherrschaft – das prägende Element des frühen 21. Jahrhunderts zu sein: "Demgegenüber ist viel eher wirklich neu, dass die Expansion des Westens, die ja mit der Durchsetzung einer globalen kapitalistischen Disziplin kombiniert ist, erneut von profunden und offenen Rivalitäten charakterisiert ist."¹²

Aufgrund dieser Krisensymptome ist auch den US-Eliten mittlerweile klar, dass ein Kurswechsel dringend erforderlich ist, um zu gewährleisten, dass die dominante Position der Vereinigten Staaten im internationalen System möglichst weitgehend erhalten bleibt.¹³ Die USA suchen deshalb händeringend nach Partnern, um die Kosten der Weltordnungspolitik auf breitere Schultern zu verlagern – und die EU-Staaten, die ein ebenso großes Interesse an der Stabilität des Weltwirtschaftssystems (und der ihm innewohnenden Hierarchie- und Ausbeutungsstrukturen) haben, sind hierfür der natürliche Adressat. Vor diesem Hintergrund bietet US-Präsident Barack Obama den EU-Staaten einen "Transatlantischen New Deal" an. Er umfasst einerseits Washingtons Angebot, künftig in deutlich größerem Umfang als bislang auf EU-Interessen Rücksicht zu nehmen. Umgekehrt fordert er hierfür jedoch von den Verbündeten eine deutlich größere (militärische) Unterstützung ein. Im Kern lautet der "Transatlantische New Deal" also folgendermaßen: Wenn die Europäer künftig adäquat mitkämpfen, dürfen sie auch substanziell mitreden.

Somit steht die Obama-Regierung ebenso für Kontinuität wie für Wandel: wie ihre Vorgänger ist sie bestrebt, das neoliberale System militärisch abzusichern und den Aufstieg neuer Rivalen zu verhindern.¹⁴ Die eigene Schwäche zwingt sie jedoch zu einem Bruch mit der bisherigen US-Politik, auch machtpolitische Zugewinne der Europäischen Union verhindern zu wollen. Diese neue Strategie deutete sich bereits während der zweiten Amtszeit George W. Bushs an, Barack Obama ist jedoch die Person, die wirklich glaubhaft die transatlantische Macht- und Arbeitsteilung auf eine neue Grundlage zu stellen vermag – dies ist der eigentliche "Change", für den der neue US-Präsident auch von großen Teilen des US-Establishments unterstützt wurde. Erst hierdurch wird der Weg frei, um die – zweifellos vorhandenen – transatlantischen Interessenskonflikte zugunsten einer neuerlichen

Frontstellung einzuebnen ("The West against the Rest"). Ihren institutionellen Niederschlag, so die hier vertretene These, wird diese "Neue Transatlantische Partnerschaft" wahrscheinlich in einer gestärkten NATO finden und sich zudem als Katalysator für eine weitere Militarisierung der europäischen Außenpolitik erweisen: "Da die langfristigen US-amerikanischen Strategiekonzepte von einer im Verbund mit den Europäern durchgesetzten eigenen Vormachtstellung ausgehen, muss und darf angenommen werden, dass die EU-Eliten den ihnen zugedachten Part durchaus zu erfüllen und überzuerfüllen bereit sind, um in demselben Maße, in dem ihre militärische Potenz ansteigt, auch im Verhältnis zum US-amerikanischen Partner an Einfluss zu gewinnen."¹⁵

Um dies zu belegen, soll untersucht werden, wie sich die veränderten internationalen Rahmenbedingungen und die Positionen der neuen US-Regierung auf die Aktualisierung des Strategischen Konzeptes der NATO auswirken dürften, die auf dem Gipfeltreffen am 3./4. April 2009 in Straßburg in Auftrag gegeben wurde. Besonders berücksichtigt werden dabei die beiden derzeit wichtigsten Vorschläge zur Erneuerung der NATO, ein Strategiedokument, geschrieben von fünf ehemaligen NATO-Generälen (Naumann-Papier) und ein gemeinsamer Forderungskatalog, erstellt von vier der wichtigsten US-amerikanischen Denkfabriken ("Alliance Reborn").¹⁶

1. Das Ende der US-Vorherrschaft und der Neue Kalte Krieg

Der Amtsantritt Barack Obamas fiel mit einer dramatischen Erosion der US-amerikanischen Machtposition zusammen. Hierbei handelt es sich nicht um eine vorübergehende Schwächung, vielmehr ist es an der Zeit, der "Hegemonie Lebewohl zu sagen", so die Einschätzung Parag Khannas, die von zahlreichen Beobachtern geteilt wird.¹⁷ Diese Sichtweise stützt sich auf die Erkenntnis, dass die USA auf allen relevanten Ebenen an Macht eingebüßt haben. *Ökonomisch* hat sich die Lage für die USA in den letzten Jahren deutlich zugespitzt. So belief sich das US-Handelsbilanzdefizit 2008 auf gigantische \$670 Mrd. und die offizielle Staatsverschuldung stieg im selben Jahr erstmals auf über \$10 Billionen (rechnet man die Deckungslücke der sozialen Sicherungssysteme hinzu, so beläuft sich das Defizit auf über \$50 Billionen).¹⁸ Nachdem dieses Defizit in Folge der jüngsten Finanzkrise noch deutlich weiter anwachsen wird, ist mit einer baldigen wirtschaftlichen Erholung zudem auf absehbare Zeit nicht zu rechnen. Auch die kulturelle Anziehungskraft – die *soft power* – der Vereinigten Staaten, die maßgeblich die Akzeptanz des eigenen Handelns durch andere Mächte beeinflusst, hat rapide abgenommen.¹⁹ Selbst *militärisch* sind die USA keineswegs so unangefochten, wie häufig der Eindruck erweckt wird, auch hier zeichnen sich Auflösungserscheinungen ab²⁰, weshalb der US-Politikwissenschaftler Robert Pape die Lage folgendermaßen zusammenfasst: "Die Vereinigten Staaten befinden sich in einer nie da gewesenen Phase des Niedergangs. [...] Ohne eine bessere Politik wird dies das Ende unserer Stellung als Großmacht sein."²¹

Festzuhalten ist, dass es sich hierbei nicht (mehr) um die Einschätzung einiger versprengter Wissenschaftler handelt. Auch ein gemeinsames Dokument der US-Geheimdienste ("Global Trends 2025") prophezeite bereits im November 2008, der politische und wirtschaftliche Einfluss der Vereinigten Staaten werde in den kommenden Jahren signifikant zurückgehen.²² Wie das *Institute for Security Studies* der Europäischen Union diesbezüglich anmerkte, nähern sich damit die Sichtweisen auf beiden Seiten des Atlantiks sukzessive an, da auch die EU-Prognosen zu dem Ergebnis gelangen, der machtpolitische Einfluss der USA, aber auch der Europäischen Union werde künftig erheblich zurückgehen.²³ Da die relative Machtverteilung im internationalen System ein Nullsummenspiel ist²⁴, kommt der Abstieg der USA (und der EU) logischerweise anderen Staaten zugute. Profiteure dieser Entwicklung sind Russland, vor allem aber zahlreiche asiatische Staaten, insbesondere China. So gingen die US-Geheimdienste bereits im November 2008 davon aus, das gemeinsame Bruttoinlandsprodukt von Brasilien, Russland, Indien und China (BRIC) werde zwischen 2040 und 2050 das der G7 erreichen.²⁵ Die meisten Beobachter erwarten, dass dieser Trend durch die Finanz- und Wirtschaftskrise weiter beschleunigt wurde. Die Krise war ein "geopolitischer Rückschlag für den Westen", so etwa der ehemalige stellvertretende US-Finanzminister Roger Altman.²⁶ Als Folge der Krise gibt mittlerweile etwa Goldman Sachs an, die BRIC-Staaten würden die G7 bereits 2027 überholen, mehr als zehn Jahre früher als bislang prognostiziert.²⁷

Gerade in Asien ist man aufgrund dieser veränderten Konstellation nicht mehr bereit, sich dem Westen weiterhin bedingungslos unterzuordnen: "Heute akzeptieren die 5.6 Mrd. Menschen, die außerhalb des westlichen Universums leben, nicht mehr länger Entscheidungen, die in ihrem Namen in westlichen Hauptstädten getroffen werden", konstatiert Kishore Mahbubani, der mehr als dreißig Jahre im Dienst des Außenministeriums von Singapur stand, um anschließend die Gretchenfrage zu stellen: "Der Aufstieg Asiens stellt ein wirkliches Dilemma für die westlichen Staaten dar: sollen sie sich von ihren materiellen Interessen leiten lassen und an der Macht festhalten? Oder sollen sie sich von ihren Werten leiten lassen und damit anfangen, Macht abzugeben und zu teilen?"²⁸

Die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten (oder wenigstens eines "Konföderierten Westens") zu bewahren, stellt aber auch für die Obama-Regierung das alpha und omega ihrer Außen- und Sicherheitspolitik dar – auch wenn sie dabei versucht, andere, in Teilen durchaus positiv zu beurteilende Wege als ihre Vorgängerregierung einzuschlagen, indem das Handeln realistischer den Kapazitäten angepasst wird.²⁹ Folgerichtig prognostizieren die US-Geheimdienste in Global Trends 2025 eine erhebliche Zunahme von Konflikten mit Russland (und China): "Angesichts des russischen Wiederaufstiegs als wichtiger Akteur der Weltpolitik ist eine pro-aktivere und einflussreichere Außenpolitik wahrscheinlich. [Moskau wird] eine führende Kraft des Widerstands gegen die globale Vormachtstellung der Vereinigten Staaten sein."³⁰ Auch in der "National Intelligence Strategy" vom August 2009 werden – neben dem Iran und Nordkorea – China und Russland als Bedrohungen und sogar mögliche Gegner der USA ausdrücklich benannt.³¹ Zu ganz ähnlichen Ergebnissen gelangen auch Studien der Europäischen Union³² und insbesondere auch in Deutschland beschäftigt man sich offenbar in jüngster Zeit verstärkt mit der künftigen Macht- und Konfliktkonstellation. So zirkuliert seit Februar 2009 eine Nachrichtendienst-Studie innerhalb der deutschen Führungsriege, deren Kernelemente im April 2009 von BND-Chef Ernst Uhrlau vorgestellt wurden: "Von einer 'Metamorphose der Geopolitik' war im Schloss Bellevue die Rede und von einer Welt, die nach dieser Krise auch politisch nicht mehr so sein wird wie vorher. [...] Kernbotschaft für die Bundesregierung: Europa und Amerika werden absehbar politisch unter Druck geraten, die Konkurrenz mit China wird sich verschärfen, Peking am ehesten zu den Profiteuren gehören."³³

Vor diesem Hintergrund prophezeien zahlreiche Beobachter, dass die antizipierte Zunahme von Konflikten erneut den Charakter einer Systemkonkurrenz annehmen wird. In Deutschland warnt etwa der FAZ-Korrespondent Nikolaus Busse in einem jüngst veröffentlichten Traktat vor der "Entmachtung des Westens". Es drohe eine "globale Wachablösung", die mit Sicherheit zu einer "globalen Großkonkurrenz" führen werde. Die sich herausbildende "globale Löwengrube" sei geprägt durch eine neue Phase "geopolitischer Rivalität"³⁴ In den USA sagt vor allem der einflussreiche Politikwissenschaftler Robert Kagan, eine "Rückkehr der Geopolitik", verbunden mit einer neuerlichen Blockkonfrontation, zwischen "Demokratien" und "Autokratien" voraus, auf die sich der Westen – und damit die NATO – vorbereiten müsse: "Die alte Rivalität zwischen Liberalismus und Autokratie ist neu entflammt, und die Großmächte der Welt beziehen entsprechend ihrer Regierungsform Position. [...] Die Geschichte ist zurückgekehrt, und die Demokratien müssen sich zusammentun, um sie zu gestalten – sonst werden andere dies für sie tun."³⁵

1.1 Die Konturen des Neuen Kalten (Energie-)Kriegs

Schon im Juni 2008 beschrieb ein Pentagon-Dokument die Konfliktkonstellation folgendermaßen: "Uns droht eine mögliche Rückkehr zu traditionellen Sicherheitsbedrohungen durch neu auftretende, fast ebenbürtige Mächte, und zwar jetzt, wo wir im weltweiten Wettstreit um knapper werdende Rohstoffe und Überseemärkte stehen."³⁶ Auch die US-Geheimdienste warnen in Global Trends 2025 davor, "dass das Abgleiten in eine Welt des Ressourcennationalismus die Gefahr von Konfrontationen zwischen den Großmächten in sich birgt."³⁷ Gemeint sind hier vor allem Russland und China.³⁸ In der Tat, aufgrund ihrer Relevanz ist die Energiefrage derzeit tatsächlich der Schauplatz, auf dem die machtpolitischen Auseinandersetzungen am deutlichsten zu Tage treten.³⁹

Auch in der Europäischen Union gehen viele Beobachter von einer Verschärfung der Auseinandersetzungen um Rohstoffe aus. So schrieb Michael Rühle Anfang 2009: "Wo es um

die Verteilung finiter Ressourcen geht, gerät die klassische, auf Kompromisse ausgerichtete Diplomatie an ihre Grenzen. Die Wahrscheinlichkeit ist daher hoch, dass sich zum Dauerproblem der 'gescheiterten Staaten' die Wiederkehr des zwischenstaatlichen Krieges hinzugesellen wird."⁴⁰ Schon heute ist ein regelrechter Energiekrieg zwischen Russland und der Europäischen Union (mit den USA im Hintergrund) um die Kontrolle der kaspischen Energievorkommen ausgebrochen, bei dem beide Seiten mit äußerst harten Bandagen agieren.⁴¹ Vor diesem Hintergrund gibt es Bestrebungen, die NATO im Energiebereich gegen Russland und China in Stellung zu bringen. Dies betrifft einerseits den Versuch, mittels der NATO die Kontrolle über möglichst große Teile der schwindenden Energievorkommen bzw. vor allem ihrer Transportwege zu erlangen.⁴² Hierdurch will man insbesondere China im Konfliktfall buchstäblich den Saft abdrehen können. Vor allem aber sollen Russlands Versuche konterkariert werden, seine Energievorkommen als machtpolitischen Hebel gegen die westlichen Staaten einzusetzen.

Russland, das bereits heute 40% des westeuropäischen Gasbedarfs liefert, ist seit einigen Jahren aufgrund der zunehmenden Konflikte bestrebt – teils äußerst ruppig –, auch die Zuleitungswege vollständig unter seine Kontrolle zu bringen. Als Moskau zudem immer offener mit der Idee liebäugelte, eine Gas-Opec zu gründen, gingen bei den NATO-Strategen sämtliche Alarmglocken an. So versendete der Wirtschaftsausschuss der Allianz Mitte November 2006, im unmittelbaren Vorfeld des NATO-Gipfels in Riga, an alle Mitgliedstaaten einen Expertenbericht, der angab, Russland strebe ein internationales Erdgaskartell nach OPEC-Muster an, dessen Ziel es sei, Energielieferungen als politisches Druckmittel einzusetzen. Der Bericht stufte diese Entwicklung explizit als sicherheitspolitische Bedrohung ein.⁴³ Ende desselben Monats ging US-Senator Richard Lugar, der zwischenzeitlich als Obamas neuer US-Verteidigungsminister im Gespräch war, buchstäblich in die Offensive. Am Rande des Gipfeltreffens in Riga schlug er die Bildung einer "Energie-NATO" vor: eine Unterbrechung der Energieversorgung solle künftig als Verteidigungsfall behandelt werden und demzufolge eine bewaffnete Reaktion der NATO nach sich ziehen, so seine Kernforderung.⁴⁴

In Russland, wo der Westen in den letzten Jahren immer stärker als Gegner wahrgenommen wird⁴⁵, reagierte man auf die Pläne zur Gründung einer "Energie-NATO", indem man die bereits 2001 gegründete "Shanghai Vertragsorganisation" (Shanghai Cooperation Organization, SCO) massiv aufwertete. Schon heute stellt die SCO mit ihren sechs Staaten (Russland, China und vier zentralasiatische Länder⁴⁶) einen überaus potenten Machtblock dar, der 25% der Weltbevölkerung, 8% der Öl- und 31% der Gasvorkommen auf sich vereint. Während den USA der beantragte Beobachterstatus in der Organisation verwehrt wird, wurde er der Mongolei, Pakistan, Indien und ausgerechnet dem Iran eingeräumt.⁴⁷ Dies könnte eine Vorstufe zu einer Vollmitgliedschaft darstellen, um die der Iran bereits ersucht hat. Sollte dies eintreffen, so würden die Mitgliedsstaaten über 18% der weltweiten Öl- und 37% der Gasvorräte verfügen. Darüber hinaus fand mit der "Peace Mission" im Sommer 2007 das erste gemeinsame Manöver aller Mitgliedsstaaten statt, an dem 6.500 Soldaten teilnahmen. Auch wenn es nicht eindeutig ist, ob sich damit die in russischen Zeitungen teils bereits als "Anti-NATO" und "Warschauer Pakt II" bezeichnete SCO⁴⁸ tatsächlich in Richtung einer Militärallianz entwickeln wird, das US-Militär scheint davon jedenfalls auszugehen.⁴⁹ Teils wird die SCO ganz offen als ernste Bedrohung eingestuft: "Das Jahr 2001 hätte ein Augenöffner sein können, aber der Westen, zu traumatisiert von den islamistischen Angriffen auf Amerika, versäumte es, eine ähnlich bedeutsame wenn auch weniger spektakuläre Entwicklung zu bemerken: [...] Es dauerte fünf weitere Jahre, bis westliche Außenpolitikexperten realisierten, dass die sich herausbildende Shanghai Cooperation

Organization de facto eine OPEC mit Bomben ist, die das Potenzial hat, sich mit der Zeit zu einer 'NATO des Ostens' zu entwickeln."⁵⁰

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass auch das Naumann-Papier zur Aktualisierung der NATO-Strategie Russland relativ unverblümt droht: "Es wird eine zunehmende globale Konkurrenz um knappe Ressourcen geben, auf alle Fälle wird dies für fossile Brennstoffe zutreffen, was die Möglichkeiten für die Versorger anwachsen lässt, ihre Stellung und ihren Hebel zu missbrauchen. [...] Die Abhängigkeit von Öl und Gas ist eine Verwundbarkeit, die manche Regierungen versuchen werden auszunutzen – die Gazprom-Krise hat unter Beweis gestellt, wie einfach die Nachfrage manipuliert werden kann. [...] Russland und die Vereinigten Arabischen Emirate untersuchen die Möglichkeiten zur Bildung einer Gas-OPEC. [...] Aus diesem Grund könnte es überlegenswert sein, in Betracht zu ziehen, die NATO als ein Instrument zur Energiesicherung zu verwenden."⁵¹

Spätestens mit den scharfen Konfrontationen zwischen Russland und den NATO-Staaten während des Georgien-Krieges im Sommer und der offiziellen Gründung der Gas-OPEC im Dezember 2008 wurde klar, dass sich die beiderseitigen Beziehungen im freien Fall befinden – selbst in den Massenmedien wurde offen von einem Neuen Kalten Krieg gesprochen. Viel wird deshalb davon abhängen, ob Barack Obama es schafft – oder überhaupt willens ist – hier einen Kurswechsel einzuleiten.

1.2 Barack Obama – Kein russisch-amerikanischer Honeymoon

Sicher ist die Absichtserklärung der neuen US-Regierung, den nuklearen Abrüstungsprozess wieder in Gang zu bringen, sehr zu begrüßen, insbesondere weil dies als Ausgangspunkt für eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland dienen könnte. Allerdings wird, wie die linksliberale Zeitung *The Nation* kritisiert, Obama "von einigen der härtesten Hardliner in Russlandfragen beraten."⁵² Dazu gehört u.a. Michael McFaul, dessen Ernennung als Zuständiger für sämtliche Russlandfragen im Nationalen Sicherheitsrat regelrecht Besorgnis erregend ist, gilt er doch als einer der härtesten Verfechter eines aggressiven Kurses gegenüber Moskau.⁵³

Auch Obama selbst schlägt gegenüber Moskau harte Töne an. In einer Erklärung mit seinem Stellvertreter heißt es etwa: "Barack Obama und Joe Biden werden mit der Herausforderung eines zunehmend autokratischen und kriegerischen Russlands umgehen, indem sie eine neue, umfassende Strategie verfolgen werden, die amerikanische nationale Interessen verfolgt, ohne unsere Werte zu beeinträchtigen."⁵⁴ Folgerichtig betont der alte und neue Verteidigungsminister Robert Gates – trotz der auf sein Betreiben erfolgten umfassenden Re-Allokation der Pentagon-Ressourcen (s.u.) –, es sei weiter erforderlich, die militärische Überlegenheit der USA zu sichern: "Beide, Russland und China, haben ihre Verteidigungsausgaben erhöht. [...] Die Vereinigten Staaten können sich ihrer gegenwärtigen Vormachtstellung nicht sicher sein und müssen in neue Programme, Plattformen und Personal investieren, die gewährleisten, dass ihre Dominanz auf Dauer anhält."⁵⁵

Dennoch hielt Obama sein Wahlkampfversprechen und kündigte an, vorläufig auf den Bau von Teilen des US-Raketenabwehrschildes in Polen und der Tschechischen Republik zu verzichten. Dies dürfte das gespannte Verhältnis ein wenig entlasten und ist deshalb vorbehaltlos zu begrüßen. Es sollte dabei allerdings nicht übersehen werden, dass dafür nicht nur ein Ausbau seeseitiger Systeme anvisiert wird, sondern dass der stellvertretende US-Verteidigungsminister Alexander Vershbow auch angab, man überlege stattdessen

Radaranlagen in der Ukraine zu errichten – was aus russischer Sicht wohl kaum eine Verbesserung darstellen würde.⁵⁶

Eindeutig auf Konfrontationskurs befindet man sich in jedem Fall in der Frage eines NATO-Beitritts der Ukraine und Georgiens, der von Moskau mehrfach als "rote Linie" bezeichnet wurde. Dennoch hatte sich Barack Obama bereits im Wahlkampf eindeutig hierfür ausgesprochen und auch nach seinem Amtsantritt hält er an dieser Position ebenso fest, wie etwa die deutsche Regierung.⁵⁷ Folgerichtig wurde auch im Abschlussdokument des NATO-Gipfels im April 2009 in Straßburg betont: "Auf dem Gipfel in Bukarest haben wir uns darauf verständigt, dass die Ukraine und Georgien Mitglieder der NATO werden und wir bestätigen nochmals alle Elemente dieser Entscheidung."⁵⁸

Die Debatte um den NATO-Beitritt dieser beiden Länder hängt unmittelbar mit den Auseinandersetzungen um den Zugriff auf die kaspischen Energievorkommen zusammen - sowohl die Ukraine als auch Georgien sollen hier als zentrale Transitländer dienen, um deren Reserven unter Umgehung Russlands in den Westen zu leiten. Bei einer Senatsanhörung Mitte 2008 betonte der neue US-Vizepräsident Joseph Biden die Bedeutung der Auseinandersetzungen mit Russland in der kaspischen Region: "Es geht um viel, um hunderte von Milliarden Dollar Öl und Infrastruktur, den Wiederaufstieg Russlands und die Energiesicherheit Europas. [...] Die Russen lieben Schach. Unsere strategische Antwort auf dem Schachbrett Zentralasiens muss es sein, eine Präsenz auf den Teilen des Bretts zu etablieren, die sie noch nicht kontrollieren. Das bedeutet neue Pipelines zu verlegen, die Alternativen [...] zum russischen Monopol eröffnen."⁵⁹ Auch hier treffen sich US- und EU-Interessen, bspws. beim anti-russischen Nabucco-Pipelineprojekt oder der scharfen Haltung während des Georgienkrieges, wo teils ganz offen über eine Involvierung der NATO in der Region debattiert wurde.⁶⁰ Dementsprechend schlägt das Abschlussdokument des NATO-Gipfels in Straßburg diesbezüglich gegenüber Russland harte Töne an: "Die ohne die Zustimmung der Regierung erfolgte russische Militärpräsenz in den georgischen Regionen Abchasien und Süd-Ossetien ist besonders Besorgnis erregend. Darüber hinaus stellen Russlands Handlungen in Georgien seine Bereitschaft zur Einhaltung der fundamentalen OSZE-Prinzipien in Frage, auf der Sicherheit und Stabilität in Europa aufzubauen."⁶¹ Als ob die Beziehungen mit Russland nicht schon belastet genug wären, drohen die Überlegungen, aus der NATO eine globale "Allianz der Demokratien" zu machen, zusätzlich Öl ins Feuer zu gießen.

1.3 Globale NATO

Während des Präsidentschaftswahlkampfes war es vor allem der von Robert Kagan beratene republikanische Kandidat John McCain, der sich für eine Erweiterung der NATO zu einer "Liga der Demokratien" stark machte.⁶² Doch diese Idee findet auch innerhalb der Demokraten Unterstützung. So schrieb Will Marshall vom einflussreichen *Democratic Leadership Council* (DLC) dem neuen Präsidenten in einem (fiktiven) Memo folgenden Vorschlag auf: "Sie sollten die Gelegenheit ergreifen und die Umwandlung der NATO von einem Nordamerikanisch-Europäischen Pakt in eine globale Allianz der freien Nationen anführen. Indem sie ihre Türen für Japan, Australien, Indien, Chile und eine handvoll anderer stabiler Demokratien öffnet, würde die NATO sowohl ihre personellen als auch finanziellen Ressourcen verbessern. Mehr noch, die NATO würde die politische Legitimität erhöhen, auf der globalen Bühne zu agieren."⁶³

In dieselbe Kerbe schlägt Anne-Marie Slaughter, die in der Obama-Administration zur Direktorin der wichtigen Politikplanungsabteilung im Außenministerium berufen wurde. Ein von ihr verfasster Bericht des *Princeton Project on National Security* argumentiert folgendermaßen: "Das gegenwärtige Vetoprinzip ist nicht im Interesse der Vereinigten Staaten. [...] Das Konzert [der Demokratien] könnte zu einem alternativen Forum für die Bewilligung des Einsatzes von Gewalt werden in Fällen, in denen die Anwendung eines Vetos im UN-Sicherheitsrat die freien Nationen davon abhält, im Geiste der UN-Charta zu handeln."⁶⁴ Ferner zielt das gesamte Konzept laut Slaughter darauf ab, die Vorherrschaft der "liberalen Demokratien" zu gewährleisten – selbstredend zum Wohle aller: "Die Vorherrschaft der liberalen Demokratien ist erforderlich, um eine Rückkehr zu Sicherheitskonflikten zwischen den Großmächten zu verhindern, zwischen den Vereinigten Staaten und unseren Verbündeten auf der einen Seite und einer Autokratie oder einem Zusammenschluss von Autokratien auf der anderen – eine Art der Auseinandersetzung, die zu zwei Weltkriegen und dem Kalten Krieg führte."⁶⁵ Der wohl bekannteste Befürworter einer Globalen NATO ist aber seit Jahren Ivo Daalder: "Nur eine wirklich globale Allianz kann mit den heutigen Herausforderungen zurechtkommen. [...] Sollten sich die Vereinten Nationen, wie es 1999 der Fall war, als unwillig erweisen, Maßnahmen gegen eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu autorisieren, könnte die NATO trotzdem handeln müssen. In einem solchen Fall würde eine Globale NATO, unterstützt von den führenden Demokratien der Welt, eine größere Legitimität genießen."⁶⁶ Bezeichnenderweise wurde Daalder am 11. März 2009 zum neuen US-NATO-Botschafter ernannt.⁶⁷

Auch im Naumann-Papier wird ein Ausbau der NATO zu einer Globalen Allianz gefordert: "[Wir] schlagen vor, die langfristige Vision einer Allianz der Demokratien von Alaska bis Finnland anzustreben."⁶⁸ Dass mit Anders Fogh Rasmussen ein erklärter Befürworter der Globalen NATO auf dem Gipfel in Straßburg zum neuen NATO-Generalsekretär berufen wurde, deutet zusätzlich darauf hin, dass dieses Konzept künftig eine prominente Rolle spielen dürfte.⁶⁹ Eine direkte Aufnahme "befreundeter" Demokratien in die NATO dürfte jedoch noch nicht unmittelbar anvisiert werden, denn auch wenn es dort durchaus namhafte Befürworter des Konzeptes gibt, die Mehrheit der EU-Staaten steht dem skeptisch gegenüber.⁷⁰ Wahrscheinlicher ist deshalb eine schrittweise intensiviertere Kooperation von Staaten außerhalb des euro-atlantischen Raums, wie etwa das Strategiepapier "Alliance Reborn" vorschlägt.⁷¹ In der Abschlusserklärung des NATO-Gipfels in Straßburg heißt es hierzu: "Seit Bukarest haben sich die Beziehungen der NATO mit unseren Partnern in der ganzen Welt ausgeweitet und vertieft. [...] Diese Beziehungen, die vielfältige Formen annehmen, bieten Ländern flexible Möglichkeiten in einen Dialog und eine Kooperation mit der NATO zu treten und wir bestätigen unsere Absicht, sie von Fall zu Fall auszubauen. Wir begrüßen die signifikanten Beiträge vieler Partner in NATO-geführten Einsätzen, besonders von Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea für den Einsatz in Afghanistan."⁷²

1.4 Kalter Krieg als self-fulfilling prophecy

Auch unter Barack Obama kann von einer substanziellen Annäherung bislang keine Rede sein. Kein Wunder, dass der Versuch scheiterte, das Verhältnis Anfang Februar 2009 zu kitten: "Zwar trafen NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer und der russische Vize-Ministerpräsident Sergej Iwanow am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz zu einem Gespräch zusammen. Besonders erfolgreich war das Treffen aber nicht: 'Wir haben unsere Uneinigkeit festgestellt', sagte ein NATO-Sprecher nach der zweistündigen Zusammenkunft."⁷³

Mit Bestürzung reagiert man in Moskau vor allem auf die Pläne, aus der NATO eine Art Alternativ-UNO mit Lizenz zur militärischen Gewaltanwendung zu machen. So äußerte sich der russische Nato-Botschafter Dmitri Rogosin kurz vor dem NATO-Gipfel im April 2009: "Heute bekommen wir weitere Hinweise darauf, dass die Nato ihre Rolle globalisieren will. Faktisch geht es um die künftige Möglichkeit, Länder in die Allianz aufzunehmen, die mit dem euroatlantischen Raum nichts zu tun haben - wie etwa Australien, Japan, Neuseeland und Indien." Vor diesem Hintergrund wolle die Nato anscheinend eine "gewisse Demokratien-Liga" gründen. Doch der Versuch, den UN-Sicherheitsrat durch solch ein Gremium zu ersetzen, bedeute eine "ernsthafte Herausforderung an die meisten Länder der Welt."⁷⁴

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich trotz der weitgehenden Überschneidungen zwischen den Einschätzungen der US-Geheimdienste und des BND an einem Punkt eine wesentlich unterschiedliche Bewertung finden lässt. Denn während auf US-Seite Russland als künftiger Gegner deklariert wird, scheint der BND die Hoffnung zu hegen, es könne unter Umständen gelingen, Moskau zu einer Allianz mit der Europäischen Union und den USA (und damit wohl gegen China) zu bewegen.⁷⁵ Diese Einschätzung gründet darauf, dass die chinesisch-russische Kooperation zwar sowohl auf militärischem als auch ökonomischem Gebiet immer stärker intensiviert wird, allerdings das gemeinsame Handelsvolumen (48 Mrd. Dollar im Jahr 2007) weiterhin deutlich geringer ist als das zwischen Russland und der Europäischen Union (250 Mrd. Dollar.). Deshalb gibt es auch in den USA Stimmen, die davor warnen, eine sino-russische Allianz als gegeben anzusehen, da beide Länder auch erhebliche Interessenskonflikte miteinander haben. Um Russland "herausbrechen" zu können, müsste dafür allerdings die NATO-Politik grundsätzlich verändert und Russland mit einbezogen werden.⁷⁶ Auch in Russland warnen manche Beobachter vor einer strategischen Partnerschaft mit China und plädieren stattdessen für eine enge Zusammenarbeit mit dem Westen, wobei ebenfalls aber die Umwandlung der NATO in eine "Pan-Atlantic Treaty Organization" unter Einbeziehung Russlands als notwendige Vorbedingung für ein derartiges Zusammengehen erachtet wird.⁷⁷ In diese Richtung scheint auch der Vorschlag des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew für eine "alternative Sicherheitsarchitektur" unter Einbeziehung Russlands zu gehen, der bislang allerdings kaum Gehör findet.

Stattdessen setzen sowohl die USA als auch die Europäische Union auf eine eher anti-russische Außenpolitik⁷⁸ und verursachen damit, dass sich die Konturen eines Neuen Kalten Krieges zunehmend verfestigen und die Auseinandersetzungen an Schärfe gewinnen. Sowohl Russland als auch China stehen mittlerweile in zahlreichen Weltgegenden in offener Opposition zum Westen: "Eine direkte Konfrontation ist nicht ratsam, deshalb rüsten Moskau und Peking die Gegner des Westens auf", stellt Thomas Speckmann, Referent in der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalens, fest. "Mit ihrer weltweiten Parteinahme für die Gegner der Amerikaner und der Europäer positionieren sich Moskau und Peking als Konkurrenten um Einflusszonen."⁷⁹ Ganz offen am Stuhl westlicher Vorherrschaft wurde zuletzt beim ersten BRIC-Gipfeltreffen am 16. Juni 2009 gesägt. Es fand in Jekatarinenburg statt, dem Ort, an dem an den beiden Vortagen die Shanghaier Vertragsorganisation ihr Gipfeltreffen abhielt. Dort einigten sich die versammelten Staats- und Regierungschefs darauf, eine Reform der Finanzarchitektur und eine schrittweise Ablösung des Dollars als Weltleitwährung anzustreben. Als "Revolution" bezeichnet FAZ-Korrespondent Nikolaus Busse diese Entwicklung: "Dass der Westen eine hausgemachte Finanzkrise nicht mehr in seinem exklusiven Club bewältigen kann. [...] Das ist vielleicht der wichtigste Vorbote, der Epoche, auf die wir zusteuern."⁸⁰

Auch der Russland-Experte Alexander Rahr sieht die Welt in einer Phase des Übergangs: "Zwar basiert die Weltordnung des beginnenden 21. Jahrhunderts weiterhin auf der

Sicherheitsarchitektur der Transatlantischen Gemeinschaft und ihrem soliden Verteidigungsinstrument, der NATO. [...] Am fernen Horizont sind die Konturen einer neuen Weltordnung mit ihren Begriffen wie BRIC (inoffizielle Bezeichnung der am schnellsten wachsenden Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, China), Schanghai Organisation für Zusammenarbeit und der Gas-OPEC zu erkennen."⁸¹

Trotz einiger positiver Signale, weder die Europäische Union noch die USA sind wirklich dazu bereit, ihre Vormachtstellung abzugeben, weshalb vor allem im Verhältnis mit Russland derzeit noch keine wirkliche Entspannung in Sicht ist. Daran können auch die modifizierten Raketenabwehrpläne nichts ändern: "Die USA wollen neue Elemente ihrer Raketenabwehr an Bord von Schiffen stationieren und zeigen somit, dass sie ihre Pläne nach globaler Hegemonie nicht aufgegeben haben. Das sagte der russische NATO-Botschafter Dmitri Rogosin am Donnerstag im Kanal Westi des russischen Fernsehens. 'Wenn diese Schiffe im Nahen Osten, im Mittelmeer oder vor der Küste Nordkoreas fahren werden, bedeutet das im Grunde genommen, dass die Raketenabwehrpläne der USA nichts anderes sind als Pläne zu ihrer ständigen militärischen Präsenz in allen Regionen der Welt.'"⁸² Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang das von Medwedew Mitte März 2009 angekündigte milliardenschwere Aufrüstungsprogramm, dessen Stoßrichtung eindeutig ist: "Die Nato versuche weiterhin, ihre Präsenz nahe der russischen Grenzen auszubauen, sagte Dmitri Medwedew. [...] Deshalb habe er eine Aufrüstung 'im großen Umfang' ab dem Jahr 2011 angeordnet."⁸³ Auch die im Mai 2009 veröffentlichte "Strategie der nationalen Sicherheit Russlands bis 2020" schlägt anti-westliche Töne an.⁸⁴ Schon in der Hochphase der Georgienkrieges richtete Dmitri Medwedew im Sommer 2008 eine klare Botschaft an den Westen: "Wir haben vor überhaupt nichts Angst, auch nicht vor der Aussicht auf einen Kalten Krieg."⁸⁵

2. Militärischer Neoliberalismus und die Krise der Weltwirtschaftsordnung

Vierzig Jahre "neoliberale Konterrevolution" haben ihre Spuren hinterlassen. Die Entfesselung der Marktkräfte, erzwungen über die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF), haben zu einer dramatischen Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung geführt.⁸⁶ Die Folge sind zunehmende Armutskonflikte, die es aus westlicher Sicht immer häufiger militärisch zu "befrieden" gilt. Die westlich dominierte Weltwirtschaftsordnung hat sich deshalb mittlerweile in weiten Teilen der restlichen Welt vollständig diskreditiert, vor allem seit der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise⁸⁷ - und dementsprechend wächst auch der Widerstand.⁸⁸ In diesem Zusammenhang ist zunächst von Bedeutung, dass der sog. Dritten Welt seit geraumer Zeit erstmals Alternativen zum westlichen Modell zur Verfügung stehen.

2.1 Staatskapitalismus als Systemkonkurrenz

Wer sich die Frage stellt, weshalb dem machtpolitischen Aufstieg Chinas und Russlands vom Westen nicht mit etwas mehr Gelassenheit gegenübergetreten wird, der findet in Global Trends 2025, der bereits erwähnten Studie der US-Geheimdienste, einen wichtigen Hinweis: "Zum großen Teil folgen China, Indien und Russland nicht dem westlichen liberalen Entwicklungsmodell, sondern benutzen statt dessen ein anderes Modell: 'Staatskapitalismus'. Staatskapitalismus ist ein loser Begriff, der ein Wirtschaftssystem beschreibt, das dem Staat eine prominente Rolle einräumt. [...] Statt die westlichen Modelle politischer und ökonomischer Entwicklung nachzuahmen, könnten sich viele Länder von Chinas alternativem Entwicklungsmodell angezogen fühlen."⁸⁹

In der einzigen ausführlichen Beschreibung des BND-Papiers zur künftigen weltpolitischen Macht- und Konfliktkonstellation findet sich eine nahezu identische Bedrohungsanalyse: "Die Politik sollte sich deshalb nachdrücklich solchen geostrategischen Krisenabwägungen zuwenden. Denn es ist offensichtlich, dass derzeit noch längst nicht alle möglichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise mitgedacht werden. [Besonders] betrifft dies das ideologische Ringen zwischen Demokratien und Autokratien, wer das attraktivere Zukunftsmodell für die Entwicklung von Gesellschaften liefern kann. Eine ganze Generation westorientierter Regierungschefs in Entwicklungsländern könnte in die Defensive geraten, wie ihre Länder trotz schmerzhafter Reformen in wirtschaftliche Turbulenzen stürzen."⁹⁰

Ganz ähnlich, nur natürlich mit einer positiven Bewertung, klingt der russische Außenminister Sergej Lawrow: "Zum ersten Mal seit vielen Jahren besteht auf dem Markt der Ideen ein echtes Wettbewerbsumfeld zwischen unterschiedlichen Wertesystemen und Entwicklungsmodellen."⁹¹ In einer der führenden außenpolitischen Zeitschriften Russlands geht ein Beitrag sogar soweit zu konstatieren, dass "der Westen sein Monopol über den Globalisierungsprozess verliert."⁹² Und in der Tat, dass China etwa in Afrika Kredite ohne die üblichen Daumenschrauben des IWFs verteilt, löst in den westlichen Hauptstädten größte Besorgnis aus.⁹³ Nicht wenige sehen hierin eine "ernste Alternative zu den Kreditmodellen der atlantischen Welt."⁹⁴ Diese Entwicklung fällt nicht von ungefähr mit den schweren Krisentendenzen des neoliberalen Systems zusammen, die – wie u.a. auch die US-Geheimdienste prognostizieren – immer häufiger gewaltsame Konflikte nach sich ziehen dürften.⁹⁵

2.2 Globalisierung, Armut, Krieg

Eben weil es dazu dient, bestehende Hierarchie- und Ausbeutungsstrukturen zu zementieren, wird auf beiden Seiten des Atlantiks unbeirrt am neoliberalen Modell festgehalten – eine Entscheidung, die unmittelbare Auswirkungen auf die Frage von Krieg und Frieden in der Welt hat. Denn entgegen dem gängigen Mediendiskurs sind nicht Habgier, ethnische bzw. religiöse Konflikte o.ä. der ausschlaggebende Faktor für den Ausbruch von Bürgerkriegen, sondern Armut, wie selbst die Weltbank im Einklang mit zahlreichen anderen Studien feststellt.⁹⁶

Globalisierungskonflikte: Das Beispiel der Piraten vor Somalia

Ein aktuelles Beispiel, wie die Kausalkette zwischen neoliberalen "Reformen", Verarmung der Bevölkerung, gewaltsamen Konflikten und westlichen Militärinterventionen funktioniert, ist die Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika. Als Somalia in den 80er Jahren in die Schuldenkrise geriet und durch Strukturanpassungsprogramme des IWF zur Übernahme neoliberaler Politiken gezwungen wurde, brach der Staat in der Folge zusammen. Staatsangestellte konnten nicht mehr entlohnt werden, weshalb u.a. die Küstenwache entlassen wurde. Dies hatte zur Folge, dass europäische Fischfangflotten die Region leerfischten und den somalischen Fischern die Lebensgrundlage entzogen. Aus diesen zwei Gruppen – ehemalige Angestellte der Küstenwache und verarmte Fischer – setzt sich ein Großteil der nun in den Blick der Öffentlichkeit geratenen Piraten zusammen, die am Horn von Afrika Schiffe aufbringen (und damit aus NATO-Sicht den freien Warenverkehr gefährden). Anstatt aber die Ursachen des Phänomens anzugehen, entsendete die NATO Kriegsschiffe in die Region, um das Problem wortwörtlich zu bekämpfen.

Quellen: Haydt, Claudia: Kanonenboote und Piraten: NATO, EU und die Kontrolle der Meere, in: DFG-VK/IMI: Kein Frieden mit der NATO, Tübingen 2009, S. 11-15; Pflüger, Tobias: Gefährliche Gewässer, Junge Welt, 23.10.2008.

Die jüngste Finanzkrise dürfte dieses Problem wohl noch weiter verschärfen, da westlicherseits keine Ambitionen bestehen, dem neoliberalen Weltwirtschaftsmodell den Rücken zuzukehren⁹⁷: "Überlässt die Staatengemeinschaft die ärmsten Länder ihrem Schicksal, hätte das fatale Folgen für alle. Politische Unruhen und Bürgerkriege könnten sich ausbreiten."⁹⁸ Sehenden Auges scheint man jedoch eine solche Entwicklung in Kauf zu nehmen – die katastrophalen Auswirkungen der Krise auf die Dritte Welt spielen im Diskurs eine geringe Rolle. Aus diesem Grund wird aus Sicht der Militärstrategen künftig wenig anderes übrig bleiben, als Armutskonflikte militärisch zu "stabilisieren", um den Dampfkessel der Globalisierungskonflikte mühsam unter Kontrolle zu halten.⁹⁹ Ganz offen wird dieser Sachverhalt in einem Sammelband des *Institute for Security Studies* (ISS) der Europäischen Union angesprochen. In dem derzeit wohl wichtigsten Vorschlagskatalog zur künftigen europäischen Militärpolitik wird folgende Aufgabe als künftige Priorität hervorgehoben: "Abschottungsoperationen [Barrier operations] – die globalen Reichen von den Spannungen und Problemen der Armen absichern. Da der Anteil der Weltbevölkerung, die in Elend und Frustration leben, erheblich bleiben wird, werden die Spannungen und Spillover-Effekte zwischen ihrer Welt und der der Reichen weiter zunehmen. Weil wir wahrscheinlich dieses

Problem bis 2020 nicht an seiner Wurzel gelöst haben werden, [...] müssen wir unsere Barrieren verstärken."¹⁰⁰

2.3 Barack Obama und das Management der Globalisierung

Aufgrund der erwarteten Zunahme von Armutskonflikten hat sich innerhalb der westlichen Militärplanung mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt, dass künftig der dauerhaften "Stabilisierung" (Kontrolle) – häufig in Form einer militärischen Besatzung - eine ebenso große Bedeutung zukommt, wie dem eigentlichen militärischen Sieg.¹⁰¹ Das Militär ist hierfür jedoch nur bedingt geeignet, vielmehr werden zusätzlich zivile Kapazitäten benötigt: Juristen, Ingenieure, Militärpolizei bzw. Polizeisoldaten etc., eben alles, was schon für eine klassische Kolonialverwaltung erforderlich war. Das diesbezügliche Kalkül wird im Naumann-Papier unter dem Begriff des "integrierten Ansatzes" folgendermaßen beschrieben: "Wir glauben fest daran, dass man einen bewaffneten Konflikt nicht mehr länger *ausschließlich* dadurch gewinnen kann, dass man soviel wie möglich Feinde tötet oder gefangen nimmt oder indem man seine Machtbasis zerstört. Die NATO benötigt mehr nicht-militärische Fähigkeiten, [...] die Teil einer integrierten Strategie sein müssen: eine in der nicht-militärische Mittel mit maximaler Präzision, Exaktheit und Integration koordiniert und disloziert werden."¹⁰²

Auch wenn dieses Konzept in Deutschland als "Vernetzte Sicherheit", in den USA als "Whole-of-Government-Approach" und in der NATO als "Comprehensive Approach" bezeichnet wird, die "Logik" dessen, was sich nun als neues Leitbild der westlichen Sicherheitspolitik herauskristallisiert, ist überall dieselbe: über die Zivil-militärische Zusammenarbeit sollen zivile Fähigkeiten für die Effektivierung von Besatzungseinsätzen nutzbar gemacht werden. Hierdurch werden zivile Akteure jedoch systematisch zu integralen Bestandteilen westlicher Militäreinsätze und damit für große Teile der Bevölkerung vor Ort zu Gegnern. Zivile Akteure werden so für die Durchsetzung strategischer, wirtschaftlicher und politischer Ziele instrumentalisiert, wodurch eine effektive Hilfe erheblich erschwert, teils gar verunmöglicht wird.¹⁰³

Dennoch wurden in den USA die Weichen in diese Richtung noch unter Ex-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld mit der Direktive 3000.05 vom 28. November 2005 gestellt. In ihr wurde erstmals Stabilisierungsoperationen dieselbe Priorität wie Kampfeinsätzen zugesprochen. Die Reichweite dieser Direktive wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass dies eine vollständige Reorganisation des Pentagons, seiner Trainingsmethoden, Ausbildungslehrgänge und nicht zu vergessen, der Karriereleitern erfordert. Nachdem Präsident Bush mit der Nationalen Sicherheitsdirektive (NSPD) 44 vom 7. Dezember 2005 Stabilisierungseinsätze ganz im Sinne des Whole-of-Government-Approaches zur Kernaufgabe sämtlicher US-Behörden erklärte, wurden in der Folge u.a. die Entwicklungsagentur USAID, die Geheimdienste, der Diplomatische Dienst und das Außenministerium auf diese Aufgabe ausgerichtet.¹⁰⁴ Da gleichzeitig völlig offen eingeräumt wird, dass Aufstandsbekämpfung ein integraler Teil derartiger Stabilisierungseinsätze darstellt, setzen die USA auch hier spätestens seit dem Ende 2006 von Stargeneral David Petraeus verfassten "Handbuch zur Aufstandsbekämpfung" (Field Manual 3-24), das sich intensiv mit der Niederschlagung von Unruhen in besetzten Gebieten befasst, auf eine enge Verzahnung mit zivilen Akteuren.¹⁰⁵

Diese Entwicklung dürfte auch unter Barack Obama ihre Fortsetzung finden. So räumt Anne-Marie Slaughter unumwunden ein: "In vielen Fällen kann die Liberalisierung einer traditionellen oder staatsdominierten Ökonomie wirtschaftlich und sozial auf eine Weise

destabilisierend wirken, dass amerikanische nationale Sicherheitsinteressen kurz und mittelfristig untergraben werden können." Aus diesem Grund sei es erforderlich, "die Krisen der Globalisierung zu managen."¹⁰⁶ Ein solches "Management" ist jedoch ohne den Einsatz militärischer Gewalt schwer vorstellbar, er wird zumindest dort erforderlich, wo Globalisierungskonflikte die gesicherte Rohstoffzufuhr gefährden oder außer Kontrolle zu geraten drohen. Folgerichtig finden sich in der Regierungsmannschaft Barack Obamas zahlreiche "humanitäre Falken", die für einen frühzeitigen Einsatz militärischer Gewalt zur Stabilisierung gescheiterter Staaten plädieren.¹⁰⁷ Obama selbst sprach sich frühzeitig dafür aus, die hierfür erforderlichen Fähigkeiten erheblich auszubauen: "Wir müssen unsere Kapazitäten neu ausbalancieren, um sicherzustellen, dass unsere Truppen agil und tödlich genug sind, um in beidem, in konventionellen Kriegen und in Stabilisierungs- und Aufstandsbekämpfungsoperationen zu siegen."¹⁰⁸

Damit greift Obama die Kernaussage von Feldhandbuch 3-0 aus dem Februar 2008 auf, das erstmals eine Verschiebung der Pentagon-Ressourcenallokation weg von Kampf- und hin zu Stabilisierungseinsätzen ankündigte.¹⁰⁹ Obwohl dies auf heftige Pentagon-interne Widerstände trifft, ist gerade der von Obama im Amt belassene Verteidigungsminister Robert Gates einer der vehementesten Verfechter dieser Schwerpunktverlagerung: "Als Verteidigungsminister habe ich mich wiederholt für eine Institutionalisierung der Fähigkeiten zur Aufstandsbekämpfung und der Kapazitäten für Stabilisierungsoperationen ausgesprochen."¹¹⁰ Folgerichtig wurde bereits kurz nach der Wahl Obamas im Dezember 2008 die Pentagon-Direktive 3000.07 herausgegeben, was ohne dessen Placet kaum geschehen sein dürfte. In ihr wird die Aufstandsbekämpfung ("irregular warfare") massiv aufgewertet und ebenfalls auf die gleiche Prioritätsebene wie Kampfoperationen gestellt.¹¹¹

Offensichtlich ist der "American Way of War" dabei, sich grundlegend zu verändern: "Die US-Regierung plant eine tiefgreifende Umstrukturierung der Streitkräfte. An teuren konventionellen Rüstungsprojekten wie Kampffjets und Kriegsschiffen solle künftig gespart werden, während die Mittel für Einsätze gegen Aufständische aufgestockt würden, kündigte Verteidigungsminister Robert Gates am [6. April 2009] bei der Vorstellung des Wehretats an. Auf die US-Armee sieht er 'tiefgreifende Veränderungen' zukommen."¹¹² Künftig sollen erhebliche Mittel exklusiv der Aufstandsbekämpfung zur Verfügung gestellt werden – wohlgeachtet: ohne aber den Anspruch auf militärische Überlegenheit gegenüber Russland und China aufgeben zu wollen.¹¹³ Darüber hinaus erfordern Besatzung und Aufstandsbekämpfung einen großen Truppenbedarf, auch hier ist die Tendenz eindeutig: "Dementsprechend will Obama [...] die Verteidigungsausgaben und die Personalstärke der Streitkräfte (um 90.000) erhöhen – nicht zuletzt zur effektiveren Bekämpfung von Aufständen beziehungsweise Umsturzversuchen in 'schwachen', 'scheiternden' oder 'gescheiterten' Staaten sowie zur Unterstützung beziehungsweise zum Wiederaufbau von Streitkräften in den betroffenen Ländern ('post-conflict-management')."¹¹⁴

2.4 Die NATO als Systemadministrator

Ungeachtet aller transatlantischer Meinungsverschiedenheiten, im Kern teilt man dieselben Interessen: "Trotz diesen Herausforderungen wird sich an der besonderen Qualität der transatlantischen Beziehungen nichts Grundsätzliches ändern [...] weil es fast nur in Europa das gibt, was die besondere Nähe zu Amerika ausmacht: die Kombination von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft. Dieses Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell offensiv zu vertreten, ist eine transatlantische Gemeinschaftsaufgabe."¹¹⁵

Aus diesem Grund ist es nicht weiter verwunderlich, dass zunächst unabhängig von den USA auch auf EU-Seite damit begonnen wurde, die Streitkräfte ebenfalls auf die Durchführung von Besatzungs- und Aufstandsbekämpfungseinsätzen auszurichten.¹¹⁶ Ihren Niederschlag finden diese Übereinstimmungen auch in der Transformation der NATO. Schon die Ende 2006 veröffentlichte "Comprehensive Political Guidance" (CPG), ein Planungsdokument, das die Richtlinien für die Neufassung des Strategischen Konzeptes der NATO vorgibt, betonte die "wachsende Bedeutung von Stabilisierungsoperationen und die militärische Unterstützung von Wiederaufbaubemühungen im Anschluss an einen Konflikt."¹¹⁷ Offenbar soll dies künftig zu einer Kernaufgabe des Bündnisses werden, wie eine Analyse des *NATO Defense College* zu den künftigen Prioritäten der NATO nach der Wahl Barack Obamas bestätigt: "Im weitesten Sinne ist die NATO heute die Schutzmacht der Globalisierung. Indem sie [...] Sicherheit und Stabilität in wichtige Weltregionen projiziert, fördert und schützt die NATO gleichzeitig den Prozess der Modernisierung und Liberalisierung."¹¹⁸

Mittlerweile liegen Vorschläge zur Einrichtung eines NATO-Oberkommandos, das sich ausschließlich zivil-militärischen Stabilisierungseinsätzen widmet¹¹⁹, ebenso auf dem Tisch, wie zur Aufstellung NATO-eigener zivil-militärischer Besatzungstruppen.¹²⁰ Ein Zwischenschritt in diese Richtung wäre die Einrichtung von "Berlin-Plus-Reverse", die nahezu in jedem Papier gefordert wird. Bei Berlin-Plus handelt es sich um ein im März 2003 verabschiedetes Abkommen, mit dem geregelt wurde, dass die Europäische Union für Militäreinsätze auf Kapazitäten der NATO zurückgreifen kann. Nun soll ein umgekehrtes Verfahren etabliert werden: "Unter dem Stichwort 'Berlin Plus Reversed' könnte der NATO die Möglichkeit eingeräumt werden, auf zivile Fähigkeiten der EU zurückzugreifen."¹²¹ Am prägnantesten formulierte "Alliance Reborn" die Grundidee: "Die NATO benötigt außerdem EU-Hilfe bei Einsätzen, in denen ein Comprehensive Approach für den Erfolg erforderlich ist. [...] Es ist an der Zeit mit den Fragen aufzuhören, was die NATO für die EU tun kann oder umgekehrt und damit zu beginnen NATO-EU-Synergien zu schmieden."¹²² Es ist also davon auszugehen, dass zivil-militärische Besatzung und Aufstandsbekämpfung zunehmend ins Zentrum der NATO-Politik rücken werden. Dementsprechend betont die Abschlusserklärung des Straßburg-Gipfels im April 2009, man wolle den Comprehensive Approach weiter ausbauen.¹²³

So kristallisiert sich derzeit möglicherweise ein neuer Konsens innerhalb der NATO heraus, der eine tragfähige Basis für den Fortbestand des Bündnisses bieten könnte: Die Vorherrschaft des Konföderierten Westens aufrecht, Russland und China unten und die neoliberale Globalisierung am Laufen zu halten.

3. Der Transatlantische New Deal und die Stärkung der NATO

Aufgrund Washingtons geschwächter Position wird jüngst im US-Diskurs wieder verstärkt auf die Nützlichkeit von Allianzen als Mittel zur Lastenteilung hingewiesen, nachdem sie unter George W. Bush zwischenzeitlich aus der Mode gekommen waren.¹²⁴ Die Europäische Union, mit der die größte Interessenschnittmenge existiert, ist hierfür der natürliche Adressat. Die neue US-Regierung bietet deshalb eine Neuverteilung der transatlantischen Macht- und Arbeitsteilung an. Hieran haben die EU-Staaten ebenfalls ein großes Interesse, wobei sie dennoch klar die Bedingungen formulieren, unter denen der Transatlantische New Deal zustande kommen kann.

3.1 Das US-Angebot: Mehr mitkämpfen und mehr mitreden!

Vor dem Hintergrund der ersten Krise der US-Vorherrschaft erfolgte der erste außenpolitische Aufschlag der US-Regierung auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2009. Mit blumigen Worten reichte Vizepräsident Joseph Biden dort den EU-Verbündeten die Hand. Die neue US-Regierung stehe für ein "neues Zeitalter", eine "neue Ära der Zusammenarbeit", sie sei "entschlossen, einen neuen Ton anzuschlagen." Anschließend konkretisierte Biden die Bedingungen für den Transatlantischen New Deal: "Die USA werden mehr tun, aber die USA werden auch mehr von ihren Partnern verlangen." Der Sinn und Zweck der ganzen Übung wurde folgendermaßen präzisiert: "Aber wir sagen zu unseren Freunden, dass die Bündnisse, Verträge und Internationalen Organisationen, die wir schaffen, glaubwürdig und effektiv sein müssen. Das erfordert eine gemeinsame Verpflichtung, sich nicht nur selbst an die Regeln zu halten, sondern ihre Einhaltung auch zu *erzwingen*. Während die Vereinigten Staaten die Bedeutung von Diplomatie, Entwicklung, Demokratie und dem Erhalt unseres Planeten erhöhen, bitten wir unsere Verbündeten, ihre eigenen Ansätze zu überdenken – einschließlich ihrer Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, wenn alles andere fehlschlägt."¹²⁵ Ganz ähnlich klangen die Äußerungen von Obama selbst zum Auftakt des NATO-Gipfels Anfang April 2009: "Wir wollen nicht der Schutzpatron Europas sein, wir wollen der Partner Europas sein."¹²⁶

Eine deutliche Kritik an die Adresse der EU-Staaten richtete der damalige NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer auf der Sicherheitskonferenz im Februar 2009, indem auch er eine größere Lastenteilung im Bündnis einforderte. Mehr Mitsprache und mehr Beteiligung in der Allianz "gehen Hand in Hand": Wenn die USA einerseits ihren Beitrag in Afghanistan erhöhen wollten, europäische NATO-Partner hierzu im Gegenzug aber nicht bereit seien, "macht das die Aufforderung, dass die Europäer mehr gehört werden wollen in Washington, doch etwas hohl." Wer mehr mitreden will, der muss auch mehr mitkämpfen, so die alles dominierende Grundaussage, schließlich sei die NATO eine "Zwei-Bahn-Straße", unterstrich Scheffer.¹²⁷ Die Botschaft scheint angekommen zu sein: "Der neue Präsident wird von Europa keine Vorträge, sondern Beiträge erwarten", so Eckart von Klaeden, der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.¹²⁸ Konkret bedeutet dies eine weitere Militarisierung der Europäischen Union, wie FAZ-Korrespondent Nikolaus Busse ausführt: "Auf immer mehr Feldern werden wir leidenschaftliche Konkurrenz und harte Interessengegensätze mit den aufsteigenden Großmächten erleben. Das erfordert eine beherzte globale Präsenz des Westens, und zwar nicht nur der USA. [...] Diese Lasten werden sie aber immer weniger alleine tragen können. [...] Europa kann in einer Welt harter geopolitischer Rivalität nicht als große Friedensbewegung bestehen, sondern muss zu einer anspruchsvollen Diplomatie und einem selbstbewussten Auftritt finden. Dieses Problem löst man nicht mit der Schaffung neuer Posten und Strukturen in Brüssel, sondern indem die Eliten in den großen

Mitgliedsstaaten einen größeren Willen entwickeln, sich harten machtpolitischen Fragen gemeinsam zu stellen."¹²⁹

Dass Washington mit seinem Angebot bei den Verbündeten nicht auf taube Ohren stößt, hat einen einfachen Grund: Die EU-Staaten sind kaum weniger auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit angewiesen als die USA, denn auch sie haben extreme Probleme, ihre Machtposition zu behaupten.

3.2 Die EU und der Abstieg des Westens

Im September 2008 stellte eine Studie des einflussreichen *European Council on Foreign Relations* (ECFR) alarmiert fest, die EU verfüge in den Vereinten Nationen über eine "schwindende Fähigkeit, die Spielregeln zu bestimmen." Zwar hätten die USA den größeren Einbruch zu verzeichnen, die Unterstützung für ihre Resolutionen sei von 77% Anfang der 90er auf unter 30% zum Ende der Amtszeit George W. Bushs gefallen. Aber auch die Europäische Union habe im selben Zeitraum einen Rückgang von 72% auf nunmehr etwa 50% hinnehmen müssen. Im Gegenzug fänden Resolutionen Chinas und Russlands, die Anfang der 90er lediglich auf eine 50prozentige Zustimmung trafen, mittlerweile eine Unterstützung von 74% der UN-Generalversammlung. Das Fazit des Berichts fällt deshalb eindeutig aus: "Das Wahlmuster in der Generalversammlung zeigt, dass der Widerstand gegen die EU über das ganze Spektrum wächst."¹³⁰ Die Tendenz zur Machterosion sei – so die zunehmend verbreitete Einschätzung - eindeutig und erfordere eine Reaktion: "Europa und die USA werden relativ an Einfluss verlieren und stehen bereits heute vor der Herausforderung, auf die zukünftigen Entwicklungen angemessen zu reagieren."¹³¹

Eine stärkere Zusammenarbeit mit den USA liegt demzufolge für die EU-Staaten auf der Hand und folgt einer nüchternen Abwägung der eigenen Interessen. Robert Kagan beschreibt das Kalkül Frankreichs und Deutschlands folgendermaßen: "Auch in Europa besteht ein unverkennbarer Trend zu engeren strategischen Beziehungen mit den USA. [...] Dies geschieht allerdings nicht aus neu erwachter Zuneigung zu den Vereinigten Staaten, sondern wegen der sich ändernden internationalen Lage und der Lehren aus der Vergangenheit. Die amerikafreundlichere Außenpolitik von Nicolas Sarkozy und Angela Merkel hat nicht nur mit ihren jeweiligen Persönlichkeiten zu tun, sondern verdankt sich einer Neubewertung der französischen, deutschen und europäischen Interessen. Enge [...] Beziehungen zu den USA, so ihrer beider Überzeugung, verleihen der Macht und dem weltweiten Einfluss Europas einen Auftrieb, den Europa aus eigener Kraft nicht zustande brächte."¹³²

Schon im Sommer 2008 forderten deshalb der ehemalige NATO-Generalsekretär George Robertson und sein britischer Kollege Paddy Ashdown die Überwindung der transatlantischen Differenzen, um die Dominanz des Westens auch künftig gewährleisten zu können: "Erstmals seit 200 Jahren bewegen wir uns auf eine Welt zu, die nicht vollständig vom Westen dominiert wird. Wenn wir dieses Umfeld beeinflussen wollen, statt von ihm erpresst zu werden, [...] dann ist ein wirklicher, praktischer Multilateralismus eine strategische Notwendigkeit. [...] Auf europäischer Ebene erfordert multilaterale Zusammenarbeit eine größere Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, wenn die EU ernst genommen werden will. Das Bestreben, Schnelle Eingreiftruppen (Battlegroups) aufzustellen, sollte beschleunigt und sie sollten voll kompatibel mit der NATO Response Force gemacht werden. Sie könnten so als Basis einer sich entwickelnden EU-Kapazität zur Aufstandsbekämpfung fungieren, die fähig ist, in gescheiterten Staaten und Post-Konflikt-Umgebungen zu operieren. Dies wird von zentraler Bedeutung sein, wenn wir von den Vereinten Nationen oder jemand anderem darum

gebeten werden, die öffentliche Ordnung in einigen der unregierten Gebiete herzustellen, die die Globalisierung hervorbringt."¹³³

3.3 EU-Bedingungen für den Transatlantischen New Deal

Die zentrale Bedingung für das Zustandekommen des Transatlantischen New Deals ist, dass die USA ihren Anspruch auf die Führungsrolle im Bündnis aufgeben.¹³⁴ So forderte Paul Hockenos, von der Zeitschrift *Internationale Politik*: "Präsident Obama wäre gut beraten, Amerikas Verhältnis zu Europa grundlegend zu überdenken: er sollte sich in Richtung einer strategischen Partnerschaft mit Europa auf gleicher Augenhöhe bewegen."¹³⁵ Auch Kanzlerin Merkel formulierte auf der Sicherheitskonferenz im Februar 2009 ihre Bedingung für eine transatlantische Aussöhnung: "Konflikte sind von keinem Land mehr allein zu lösen, sondern wir brauchen einander [...] Das heißt, der kooperative Ansatz muss die Grundlage unseres Handelns sein."¹³⁶ Mit anderen Worten, Washington hat künftig sein Handeln mit der EU abzustimmen und auf deren Interessen Rücksicht zu nehmen. In klares Deutsch übersetzte *Spiegel Online* Merkels Botschaft mit folgenden Worten: "Die Kanzlerin fordert von Washington, künftig nie mehr Alleingänge bei internationalen Konflikten zu unternehmen – die Nato sei dafür das zentrale Instrument."¹³⁷

Ein am 19. Februar 2009 vom Europäischen Parlament verabschiedeter Bericht des konservativen Ari Vatanen "über die Rolle der NATO im Rahmen der Sicherheitsarchitektur der EU" bringt anschaulich die beiden Elemente des Transatlantischen New Deals auf den Punkt. Der Bericht "fordert die Europäische Union auf, einen gerechteren Anteil an der Last zu tragen; fordert ferner die USA auf, mehr Bereitschaft an den Tag zu legen, ihre europäischen Verbündeten zu Fragen im Zusammenhang mit Frieden und Sicherheit zu konsultieren."¹³⁸ Somit scheint das Feld bestellt, um den Transatlantischen New Deal in die Praxis umzusetzen.

4. Die Implementierung des Transatlantischen New Deals

"Den europäischen Verbündeten fällt es leichter, sich von Obama als von Bush in die Pflicht nehmen zu lassen. Nun bleibt abzuwarten, ob alle ihre Versprechen einlösen – sprich ihren Verpflichtungen nachkommen."¹³⁹ Vieles deutet gegenwärtig darauf hin, dass genau dies der Fall ist. Trotz der relativ kurzen Zeit, die die neue US-Administration im Amt ist, wird der Transatlantische New Deal augenblicklich trotz mancher Interessensunterschiede im Detail in zahlreichen Bereichen implementiert.

4.1 Stärkung der NATO-EU-Zusammenarbeit

Das *Institute for Security Studies* der Europäischen Union gab an, für die Verbesserung der Partnerschaft mit den USA müsse die NATO-EU-Zusammenarbeit intensiviert und die militärischen Kapazitäten der Europäischen Union ausgebaut werden.¹⁴⁰ Ganz in diesem Sinne fordert der Vatanen-Bericht, "dass die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten gestärkt werden sollten." Hierfür sollte "die Synergie zwischen der EU und der NATO in bestimmten militärischen Bereichen durch gemeinsame Pilotvorhaben gestärkt werden."¹⁴¹

Kurz vor der Münchner Sicherheitskonferenz argumentierten Merkel und Sarkozy in einem gemeinsamen Artikel: "Angesichts der Herausforderungen braucht Europa die Vereinigten Staaten von Amerika, und die USA brauchen einen starken europäischen Partner."¹⁴² In diesem Zusammenhang wird von Washington klar und deutlich erwartet, seine bisherige Blockadehaltung gegenüber der Militarisierung der Europäischen Union zu beenden, die schon unter Clinton und noch mehr unter Bush als Bedrohung empfunden und nach Kräften torpediert wurde.

Während sich bereits in der Endphase von Bushs Präsidentschaft hier eine Änderung abzeichnete, kündigte die neue US-Regierung in Gestalt von Vizepräsident Joseph Biden Anfang Februar 2009 den neuen Kurs offiziell an: "Wir unterstützen ebenfalls die Stärkung der europäischen Verteidigungskapazitäten, eine größere Rolle der Europäischen Union hinsichtlich dem Erhalt von Frieden und Sicherheit [sowie] eine substanziell stärkere NATO-EU-Partnerschaft."¹⁴³ Auch Barack Obama äußerte sich zum Auftakt des NATO-Gipfels in Straßburg zwei Monate später: "Wir wollen militärisch starke europäische Verbündete. Je besser die europäischen Verteidigungskapazitäten sind, umso besser können wir miteinander kooperieren, umso glücklicher sind wir."¹⁴⁴ Im Abschlussdokument des Gipfels wird dementsprechend betont, dass "die NATO die Bedeutung stärkerer und fähigerer europäischer Verteidigungskapazitäten anerkennt."¹⁴⁵

Einen wesentlichen Teil des neuen transatlantischen Schulterschlusses stellt darüber hinaus die Rückkehr Frankreichs in die NATO-Militärstrukturen dar. Nach mehr als 40jähriger Abwesenheit symbolisiert kaum etwas deutlicher, dass man gewillt ist, vorhandene Meinungsverschiedenheiten zugunsten einer gemeinsamen Interessensdurchsetzung einstweilen zurückzustellen: "Dass Frankreich [...] in die Nato-Strukturen zurückkehrt, ist ein Beleg dafür, dass der Westen sich zusammenreißen will. Die französisch-amerikanischen Eifersüchteleien kann er sich angesichts der weltweiten Herausforderungen ebenso wenig leisten wie das ewige Hickhack zwischen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der Nato."¹⁴⁶

Umgekehrt scheint Washington nun bereit zu sein, diesen Schritt angemessen zu honorieren und Einfluss im Bündnis zugunsten Frankreichs abzugeben. So übergaben die USA am 9. September 2009 das "Allied Command Transformation" (ACT) in Norfolk an Frankreich, eines der beiden strategischen NATO-Oberkommandos, das bislang stets von einem US-Amerikaner geleitet wurde.¹⁴⁷ "In Norfolk werden künftige Operationsstrukturen und militärische Fähigkeiten der NATO vorgedacht. Eine stärkere Rolle Europas im Bündnis [...] könnte von dort aus gut vorangetrieben werden."¹⁴⁸ Eine solche Abgabe von Macht seitens der Vereinigten Staaten wäre bis vor kurzem noch undenkbar gewesen – nun ist sie Bestandteil des Verhandlungspakets. Gleichzeitig erblickt die *Stiftung Wissenschaft und Politik*, die derzeit wohl einflussreichste deutsche Denkfabrik, hierin eine Chance, die genutzt werden sollte: "Die Bundesregierung [sollte] das Gewicht, über das Frankreich nach seiner Rückkehr in die integrierten Bündnisstrukturen verfügen wird, nutzen, um die bestehenden Kräfteverhältnisse in der Nato zugunsten beider Länder zu korrigieren."¹⁴⁹

NATO und EU: Hand in Hand bei der Aufstandsbekämpfung im Kosovo

Im Kosovo arbeiten NATO und EU bei der Absicherung der völkerrechtswidrigen Abspaltung von Serbien Hand in Hand. Schon im Herbst 2008 haben die USA und die EU ein Abkommen geschlossen, mit dem sich die USA an der EU-Mission EULEX im Kosovo beteiligt. Dieses Abkommen ist bisher einmalig, in seiner Tendenz aber richtungweisend: Erstmals nehmen die Vereinigten Staaten an einer "zivilen" EU-Mission teil.

Wie in Afghanistan haben auch im Kosovo die neoliberalen Wirtschaftsreformen die Lebenssituation der Bevölkerung verschlechtert, weshalb in einer Umfrage vom Frühjahr 2009 79% der Kosovaren angaben, sie seien aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage zur Teilnahme an Protesten bereit.[1] Schon seit 2007 mehren sich die Demonstrationen der kosovo-albanischen Bevölkerung gegen die Besatzungsmächte, bei denen es sogar bereits zu Todesopfern kam. Reagiert wird hierauf jedoch nicht etwa, indem an der verfehlten Wirtschaftspolitik etwas verändert würde. Stattdessen haben die im Kosovo aktive "zivile" EU-Mission EULEX und die NATO-Truppe KFOR mit gemeinsamen Übungen begonnen, um ihre Techniken in der Aufstandsbekämpfung zu effektivieren. Allein im ersten Halbjahr 2009 fanden vier solcher "Crowd & Riot Control Exercises" statt. Welche Szenarien man dabei im Auge hat, verdeutlicht die Beschreibung einer dieser Übungen überdeutlich: "Das Szenario basierte auf wahren Begebenheiten. Das Europäische Parlament fällt die Entscheidung, Gelder für den Kosovo vom Bau zweier Krankenhäuser hin zu einer Müllrecyclinganlage umzuleiten. Die lokale Bevölkerung war darüber empört. Als Reaktion rief die Gewerkschaft der Krankenhausarbeiter zu Demonstrationen und Aktionen gegen die EU und EULEX auf. [...] Als Ergebnis der Übung lernten die Teilnehmer Wichtiges darüber, auf eine wütende Menge („furious mob“) vorbereitet zu sein, über die Fähigkeit zu antizipieren, was die Menge tun wird und schließlich darüber, ihre Techniken zur Bevölkerungskontrolle und Aufstandsbekämpfung („crowd and riot control“) anzuwenden." [2]

[1] Džihic, Vedran/Kramer, Helmut: Kosovo After Independence, FES, Juli 2009, S. 10.

[2] The Balkan Hawk 2009 CRC Exercises, NATO.int, 30.06.2009.

4.2 Irak – NATO-Hilfe bei der Besatzung

Nirgends trat die Krise in den transatlantischen Beziehungen deutlicher zu Tage als während der Auseinandersetzungen vor und nach dem Irak-Krieg 2003. Auch hier deuten sich gegenwärtig grundlegende Änderungen an, deren Bedeutung angesichts der Irak-Politik der Obama-Administration kaum zu überschätzen ist. Denn entgegen der weit verbreiteten Annahme, die neue US-Regierung beabsichtige einen vollständigen Abzug aus dem Irak, betonte Obama stets, er wolle eine "Kerntruppe" (residual force) für bestimmte Aufgaben im Irak belassen: "für das Vorgehen gegen die Reste von Al-Kaida; den Schutz unserer Dienstleister und Diplomaten; und die Ausbildung und die Unterstützung der irakischen Sicherheitskräfte, so lange, bis die Iraker Fortschritte machen."¹⁵⁰ Im Dezember 2008 präzisierte Robert Gates in einem Interview, 40.000 US-Soldaten könnten noch "für Jahrzehnte" dort verbleiben.¹⁵¹ Trotz der mittlerweile erfolgten Ankündigung Obamas, die Truppen bis Ende 2011 abziehen zu wollen, koppelte er diese Zusage an den Vorbehalt, wenn es die Situation erfordere, könne dieser Termin jederzeit verschoben werden. Bezeichnend sind in diesem Zusammenhang Meldungen, das Pentagon gehe in seinen Planungen davon aus, eine große Anzahl an Soldaten deutlich länger im Land zu belassen – in hohen Militärkreisen ist dabei die Rede von weiteren 15-20 Jahren.¹⁵²

Mit einem schnellen Ende der Besatzung ist also nicht unbedingt zu rechnen. Umso gravierender ist deshalb, dass der Europäische Rat nicht einmal eine Woche nach Obamas Wahl beschlossen hat, dass die EU-Ausbildungsmission EUJUST LEX für Richter, Polizisten und wahrscheinlich auch Militärs künftig auch innerhalb des Irak tätig werden und damit den USA bei der Besatzung direkt unter die Arme greifen soll.¹⁵³ Seit Mitte 2009 ist man nun vor Ort präsent, während gleichzeitig eine Reihe von Vorschlägen auf dem Tisch liegen, wie das EU-Engagement noch weiter ausgebaut werden könnte.¹⁵⁴ Eine ähnliche Entscheidung fällte der Nordatlantikrat im Dezember 2008. Danach soll die "NATO Training Mission in Iraq" (NTM-I) künftig auch innerhalb des Landes agieren, um die "Absicherung der Grenzen", eine "Verteidigungsreform" und den Aufbau von "Verteidigungsinstitutionen" zu unterstützen.¹⁵⁵ Dieses Engagement soll nun offenbar verstetigt werden. Im Abschlussdokument des Straßburg-Gipfels im April 2009 heißt es hierzu: "Wir erneuern unser Angebot an die irakische Regierung für einen Rahmen zur strukturierten Kooperation als Basis für eine *langfristige* Zusammenarbeit und begrüßen die diesbezüglich bereits erzielten Fortschritte."¹⁵⁶

Nach den schweren Konflikten um den Irak-Krieg sind dies Signale mit erheblicher Symbolwirkung – sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber dem Rest der Welt, sie setzen ein "klares Zeichen für einen Neuanfang."¹⁵⁷ Der eigentliche Test, ob der Transatlantische Deal zustande kommen wird, wird aber Afghanistan sein.

4.3 Lackmustest Afghanistan

Schon bei seiner Rede in Berlin im Sommer 2008 hatte Barack Obama eine massive Aufstockung der US-Truppen in Afghanistan angekündigt. Gleichzeitig machte er aber unmissverständlich klar, er wolle "diese Verpflichtung dazu nutzen, um von den NATO-Verbündeten größere Beiträge – mit weniger Einschränkungen – einzufordern."¹⁵⁸ Mit diesen "Einschränkungen" (caveats) bezieht sich der US-Präsident auf die Möglichkeit jedes Mitgliedslandes, seinen Truppen in einem NATO-Einsatz bestimmte Beschränkungen aufzuerlegen. Dies ist insbesondere in Afghanistan von erheblicher Bedeutung, da dort vor allem Deutschland darauf besteht, seine Soldaten nicht in den schwer umkämpften Süden und

Osten zu entsenden. Obamas Forderung richtete sich damit vor allem an die Adresse der Bundesregierung.

Unmittelbar nach Amtsantritt ordnete Obama eine Überprüfung der US-Afghanistanstrategie an, deren Kernelemente sind: Im Detail setzt sie *erstens* auf eine massive Aufstockung der westlichen Truppen und die Ausweitung der Kampfzone nach Pakistan ("AFPAK"); *zweitens* sollen sich die EU-Verbündeten, allen voran Deutschland, künftig noch stärker am Kampfgeschehen beteiligen als dies ohnehin bereits der Fall ist; schließlich soll *drittens* eine "Afghanisierung" des Krieges über den Ausbau der staatlichen Repressionsapparate (Armee und Polizei) die westlichen Truppen erheblich entlasten.¹⁵⁹ Diese neue Strategie wurde auf dem NATO-Gipfel in Straßburg im April 2009 vorbehaltlos begrüßt.

Der Druck der Vereinigten Staaten auf eine größere Beteiligung der Verbündeten war bislang überaus erfolgreich. Allein zwischen Ende 2006 und Frühjahr 2009 erhöhten die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ihre Beteiligung an der NATO-Truppe ISAF um über 50%. Auch Deutschland vergrößerte sein Afghanistan-Kontingent auf 4800 Soldaten¹⁶⁰, insgesamt kämpfen mittlerweile über 100.000 westliche Militärs am Hindukusch. Dennoch sehen die USA weiterhin massiven Handlungsbedarf. Anfang Juli 2009 wurde der amerikanische NATO-Botschafter Ivo Daalder diesbezüglich überdeutlich: „Die Vereinigten Staaten erfüllen ihren Teil, Europa und Deutschland können und sollten mehr tun.“¹⁶¹

Ein Bereich, in dem man in diesem Zusammenhang den USA immer weiter entgegenkommt, ist die Eskalation der Kriegsführung. So setzte die Bundeswehr Mitte 2009 bei der "Operation Adler" erstmals schweres Gerät (Mörser und Schützenpanzer) ein. Darüber hinaus wurden die Einsatzregeln verändert, indem den Bundeswehrsoldaten inzwischen ein deutlich offensiveres Vorgehen erlaubt ist. Auch diese Maßnahme ist im Kontext der Diskussion um die transatlantische Lasten- und Machtverteilung zu sehen, wie Lothar Rühl beschreibt: „Solange die Deutschen in ihrer Zone nicht mehr Initiative und Aggressivität bei der Bekämpfung der Islamisten und anderer Rebellen zeigen, werden sie nur als zweitklassige Verbündete betrachtet und auch so behandelt. Abwehr von Angriffen, die man in Berlin stets hervorhebt, genügt den Partnern nicht länger, sie wollen Angriffe auf den Feind sehen, wie auch hohe deutsche Militärs zugeben.“¹⁶²

Aufgrund der massiven Ablehnung in der Bevölkerung bleibt aber abzuwarten, inwieweit den US-Forderungen nach noch größeren Truppenzahlen entsprochen werden kann – auf dem Treffen der EU-Verteidigungsminister Ende September 2009 wurde sich vorläufig noch gegen die Entsendung weiterer Einheiten ausgesprochen. Möglicherweise wird diese Haltung sogar beibehalten, jedoch steht außer Frage, dass Washington in diesem Fall in anderen Bereichen Kompensationsleistungen einfordern dürfte und zwar in Form deutlich größerer Beiträge beim Aufbau der afghanischen Repressionsapparate (Polizei und Militär). Teile davon werden bereits von der EU-Mission EUPOL Afghanistan ausgebildet, die künftig aufgestockt und mit der NATO eng verzahnt werden soll. So wurde auf dem NATO-Gipfel im April 2009 beschlossen, "eine NATO Training Mission – Afghanistan (NTM-A) innerhalb der ISAF einzurichten, um das höherstufige Training der afghanischen Armee und das Training und die Überwachung der afghanischen Polizei zu beaufsichtigen. [...] Die European Gendarmerie Force könnte diesbezüglich eine aktive Rolle spielen."¹⁶³ Die "European Gendarmerie Force" (EGF) ist eine paramilitärische EU-Polizeitruppe, die Anfang 2006 ins Leben gerufen wurde und deren Aufgabenprofil u.a. Aufstandsbekämpfung mit einschließt. Auf französische Initiative sollen nun 300 EGF-Polizisten nach Afghanistan entsandt werden.

Ganz offensichtlich wird hier eine engste Verzahnung zwischen NTM-A – also einem Einsatz der Militärallianz NATO – und der "zivilen" EUPOL Mission angestrebt: "Die Staats- und Regierungschefs haben im Rahmen des NATO-Gipfeltreffens die Einrichtung einer 'NATO Training Mission Afghanistan' beschlossen. [...] Dies schließt die Koordinierung mit EUPOL Afghanistan sowie die Verlegung von Kräften der EU Gendarmerie Force mit ein."¹⁶⁴ Auf dem EU-Ratstreffen im Juni 2009 wurde diese Verzahnung ganz offiziell begrüßt: "Der Europäische Rat unterstreicht die Bedeutung der in Aussicht genommenen Entsendung der Europäischen Gendarmerietruppe, die in Afghanistan im Rahmen der NATO-Ausbildungsmission – Afghanistan (NTM-A) eingesetzt würde und eine ergänzende Initiative beim Aufbau der Polizeikapazität wäre."¹⁶⁵ Ganz offensichtlich sind "zivile" EU-Missionen wie im Kosovo und in Afghanistan nicht als *Alternative*, sondern als *Ergänzung* zu Militäreinsätzen der NATO gedacht, wie ein Beitrag im derzeit wichtigsten Sammelband zur Zukunft der EU-Militärpolitik bestätigt: "Im Kosovo und in Afghanistan implementiert die Europäische Union ihre eigenen zivilen Krisenmanagementmissionen parallel zu NATO-Militäroperationen und es findet eine praktische Kooperation vor Ort statt."¹⁶⁶

Auf keinen Fall wollen die EU-Staaten die Neue Transatlantische Partnerschaft mit den USA an einem mangelnden Kriegswillen in Afghanistan scheitern lassen. So legte der *European Council on Foreign Relations* kurz vor dem NATO-Gipfel im April 2009 eine ausführliche To-Do-Liste vor, in welchen Bereichen das EU-Engagement auszubauen sei. Als Begründung wurde Folgendes angeführt: "Präsident Barack Obama und seine Außenministerin Hillary Clinton haben unmissverständlich klar gemacht, dass sie eine signifikante Erhöhung der EU-Anstrengungen erwarten. Die Frage wird wohl in Washington als Lackmustest angesehen werden, ob die Europäer als strategische Partner ernst genommen werden sollten. Somit dürfte die europäische Reaktion die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen auf lange Sicht, also die nächsten vier oder acht Jahre beeinflussen."¹⁶⁷ Was die Bedeutung des Afghanistan-Krieges für die Zukunft der NATO anbelangt, ist auch der US-Geheimdienstbericht *Global Trends 2025* eindeutig. Dort findet sich ein auf das Jahr 2015 vordatierter fiktiver Brief des Vorsitzenden der Shanghaier Vertragsorganisation an den NATO-Generalsekretär: "Vor 15 bis 20 Jahren hätte ich mir nie träumen lassen, dass sich die SCO und die NATO auf gleicher Augenhöhe befinden – wenn nicht gar, dass die SCO die sogar wichtigere internationale Organisation ist. [...] Ich denke man kann sagen, dass dies seinen Anfang mit dem westlichen Rückzug aus Afghanistan nahm, ohne dass das Missionsziel einer Pazifizierung erreicht worden wäre."¹⁶⁸

4.4 Institutionelle Runderneuerung: NATO-Strategie 2010

Die Frage nach dem Umgang mit dem Krisenbündel aus zunehmenden Konflikten mit Russland und China, drohenden Ressourcenkriegen und einem wachsenden Bedarf zur "Stabilisierung" gescheiterter Staaten dürfte wesentlich die Debatte um die Aktualisierung des Strategischen Konzeptes prägen, die beim Gipfel im April 2009 in Auftrag gegeben wurde. Bis April 2010 soll nun ein Vorschlagskatalog von einer hochrangigen Gruppe ausgearbeitet werden, die von NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen einberufen wurde. Den Vorsitz dieser Gruppe hat die ehemalige US-Außenministerin Madeline Albright, ihr Stellvertreter ist Jeroen van der Veer, der ehemalige Geschäftsführer von Royal Dutch Shell. Ende 2010 will Fogh Rasmussen zum NATO-Herbstgipfel ein endgültiges Konzept vorlegen.

Wie bereits beschrieben, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass im neuen strategischen Konzept der Stellenwert zivil-militärischer Besetzungseinsätze deutlich aufgewertet werden wird. Der Krieg in Afghanistan ist diesbezüglich das Laboratorium, in dem der

Comprehensive Approach erstmals in großem Stil erprobt wird – nicht zuletzt deshalb muss der Krieg unter allen Umständen "erfolgreich" beendet werden. Offensichtlich sollen dabei die dort gemachten Erfahrungen nun in die Aktualisierung der NATO-Strategie einfließen: "Der Einsatz am Hindukusch soll [...] geprägt sein von einem Dreiklang von Militäraktionen, zivilem Wiederaufbau und 'good governance' (transparente und effektive Regierungsführung). Durch massive Hilfen beim Aufbau der afghanischen Sicherheitsbehörden soll es möglich werden, in den nächsten Jahren die internationalen Truppen schrittweise zurückzuziehen. Der Einsatz soll die 'Blaupause' für die künftige Arbeit des Bündnisses bilden und in einem neuen strategischen Konzept festgehalten werden."¹⁶⁹ Ganz deutlich äußerte sich Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung kurz vor dem Straßburg-Gipfel hierzu folgendermaßen: "[Die] neue operative Realität erfordert ein neues Verständnis von Sicherheit und der Herstellung von Sicherheit. [...] Ich glaube, am Beispiel Afghanistan wird jedem klar, dass ein Erfolg nur möglich ist, wenn die NATO mit ihren militärischen Mitteln Teil eines umfassenden und kohärenten Ansatzes zugunsten der Stabilisierung des Landes ist. Zu diesem Ansatz gehört die ganze Vielfalt von zivilen Aktionen und Maßnahmen zugunsten einer guten Entwicklung des Landes. Dieses Grundverständnis, das wir jetzt in Afghanistan entwickelt haben, wird aber in Zukunft nicht ein Einzelfall sein, sondern muss zum *strategischen Allgemeingut der NATO*, also der Allianz, werden."¹⁷⁰

Darüber hinaus gab James Jones, der Nationale Sicherheitsberater Barack Obamas, an, man benötige eine "bewegliche Allianz", die auf die neuen Bedrohungen in der Welt "proaktiv" reagieren müsse, "um Konflikte vor ihrer Entstehung zu stoppen."¹⁷¹ Hierfür will man die bündnisinternen Strukturen und Entscheidungsprozesse grundlegend "reformieren", wofür die beiden wohl wichtigsten Dokumente zur Aktualisierung des Konzeptes, das Naumann-Papier und "Alliance Reborn", übereinstimmend folgende Vorschläge unterbreiten:

a) Abschaffung des Konsensprinzips

Ein großes Manko wird darin gesehen, dass bislang sämtliche Entscheidungen innerhalb der NATO im Konsens getroffen werden müssen¹⁷², was die rasche und vor allem widerspruchsfreie Kriegsführung extrem behindert. "Deshalb schlagen wir vor", so die Autoren des Naumann-Papiers, "dass die NATO das Konsensprinzip auf allen Ebenen unterhalb des NATO-Rates aufgibt und auf Komitee- und Arbeitsgruppenebene Mehrheitsentscheidungen einführt."¹⁷³ Auch "Alliance Reborn" argumentiert in diese Richtung: "Obwohl das Konsensprinzip ein wichtiges Symbol des Zusammenhalts ist, besonders, wenn der Nordatlantikrat über die Entsendung von Truppen abstimmt, erlaubt das Konsensprinzip einem Land, die Wünsche aller anderen Länder zu blockieren und führt außerdem zu Entscheidungen auf der Ebene des kleinsten gemeinsamen Nenners."¹⁷⁴

b) Abschaffung nationaler Einschränkungen der Kriegsführung

Unmissverständlich fordert das Naumann-Papier die Einzelstaaten dazu auf, sämtliche caveats "soweit wie möglich abzuschaffen."¹⁷⁵ Damit wäre es Ländern wie Deutschland nicht mehr möglich, ihren Truppen Beschränkungen wie in Afghanistan aufzuerlegen – alle müssten auch an den hochintensivsten Kampfhandlungen teilnehmen. Künftig soll in der NATO also das Musketier-Prinzip auch für Auslandseinsätze gelten: mitgegangen, mitgefangen.

c) Nur wer Krieg führt, darf mitbestimmen

Zwar kann kein Mitgliedstaat dazu gezwungen werden, sich an militärischen Aktionen der NATO zu beteiligen. Wer dies jedoch ablehnt, soll künftig auch jeglicher Mitspracherechte verlustig gehen: "Es oblag schon immer den einzelnen Staaten, welche Kapazitäten und Truppen sie beitragen wollen. Aber Länder, die keine Truppen beitragen, sollten auch kein Mitspracherecht hinsichtlich militärischer Operationen erhalten. Aus diesem Grund schlagen

wir [...] vor, dass nur die Staaten, die zu einer Mission beitragen – das bedeutet militärische Kräfte in einer Militäroperation – ein Mitspracherecht bezüglich dieser Operation erhalten."¹⁷⁶

d) Lastenverteilung: Das Ende von "costs lie where they fall"

Bislang muss jedes Mitgliedsland die Kosten für seine Beteiligung an einem NATO-Einsatz selbst bezahlen ("costs lie where they fall"). Nun wird eine neue Finanzierungsmethode gefordert: "Das 'costs lie where they fall' Prinzip [...] macht es nicht nur schwierig an einem Einsatz teilzunehmen, sondern liefert Staaten sogar eine Ausrede, sich nicht daran zu beteiligen, weil sie die Kosten nicht tragen können. Die Finanzkrise macht es für die NATO zwingend erforderlich, eine neue Herangehensweise an die Finanzierung von Operationen und Ausrüstung zu entwickeln."¹⁷⁷

Dass ein solcher Umbau der Strukturen und Entscheidungsprozesse eine prominente Rolle in der Debatte um die Aktualisierung des Strategischen Konzeptes spielen wird, zeigt ein auf dem Straßburg-Gipfel im April 2009 verabschiedetes Dokument: "Wir müssen außerdem die NATO-Strukturen reformieren, um eine schlankere und kosteneffizientere Organisation zu schaffen. Wir werden die Fähigkeiten der NATO vergrößern, dort wo unsere Interessen betroffen sind, eine wichtige Rolle im Krisenmanagement und der Konfliktlösung zu spielen."¹⁷⁸

Auch wenn jeder der obigen Vorschläge für sich genommen wenig spektakulär klingt – und deshalb wohl bislang auch kaum thematisiert wird –, zusammengenommen könnten sie die NATO von Grund auf verändern. Sie würden die Fähigkeit zur Kriegsführung erheblich steigern und eine massive Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der NATO zugunsten der großen Staaten bewirken. Zudem könnte sich die absurde Situation ergeben, dass ein Krieg gegen den Widerstand eines NATO-Mitglieds begonnen wird, es keinerlei Mitsprache an der Ausgestaltung des Einsatzes erhält und am Ende noch für die Kosten aufkommen muss – man darf gespannt sein, wie die kleineren Mitgliedsländer in der anstehenden Debatte auf diese Vorschläge reagieren werden.

5. Fazit

Was die Binnenkonstellation anbelangt, wird vieles davon abhängen, ob die USA unter Barack Obama zu einer substanziellen Abgabe von Macht bereit sein werden oder ob es sich bei den bisherigen Signalen vielmehr um Lippenbekenntnisse handelt. Umgekehrt dürfte es den EU-Staaten möglicherweise sehr schwer fallen, gegenüber ihrer kriegsskeptischen Bevölkerung ein noch größeres militärisches Engagement rechtfertigen zu können. Dies gilt insbesondere für Afghanistan und hier speziell für Deutschland.

Bezüglich der Beziehungen des Westens zum Rest der Welt wird einerseits entscheidend sein, wie auf den Aufstieg Russlands und Chinas reagiert wird, denn sollte man, wie es derzeit den Anschein hat, nicht bereit sein, seinen Vormachtanspruch aufzugeben, sind schwere Konflikte vorprogrammiert. Sicher ist es deshalb richtig, wenn von linker Seite Vorschläge für eine friedlichere Gestaltung der Weltordnung ausgearbeitet werden. Zumal es mehr als fraglich ist, ob trotz des gegenwärtig eher aggressiven Kurses, auf Dauer die Fähigkeit vorhanden sein wird, die erforderlichen Ressourcen für einen konfrontativen Umgang mit Russland und China aufzubringen. Spätestens dann könnte das russische Konzept einer alternativen Sicherheitsarchitektur sinnvolle Ansatzpunkte liefern, die vertieft werden könnten. Dabei gilt es jedoch darauf zu achten, dass die konkrete Ausgestaltung nicht auf ein Bündnis zwischen den USA, der EU und Russland gegen China hinausläuft.

Allerdings kann und darf man sich hierin nicht erschöpfen, denn damit wird eines der heutigen Hauptprobleme kaum bzw. überhaupt nicht adressiert: die gewaltförmige Austragung von Konflikten in der Dritten Welt in Folge sozio-ökonomischer Desintegration. Allein ein radikaler Wandel des Weltwirtschaftssystems kann hier eine sinnvolle friedenspolitische Forderung darstellen. Es wird jedoch massiver politischer Druck erforderlich sein, um ein solches Umdenken einzuleiten, denn hierzu existiert gegenwärtig keinerlei Bereitschaft – im Gegenteil: der Erhalt der herrschenden Hierarchie- und Ausbeutungsstrukturen stellt das vorrangige Ziel der westlichen Politik dar, wie das Naumann-Papier in der Begründung für seine militaristische Wunschliste verdeutlicht: "Womit sich die westlichen Verbündeten konfrontiert sehen, ist eine lang anhaltende, proaktive Verteidigung ihrer Gesellschaften und ihrer Lebensart. Hierfür müssen sie die Risiken auf Distanz halten und gleichzeitig ihr Heimatland (homeland) beschützen."¹⁷⁹

Anmerkungen:

-
- ¹ Koschut, Simon: Allianz unter Anpassungsdruck, in: Internationales Magazin für Sicherheit (IMS) 5/2008, S. 19-20.
- ² Obwohl dem durch die Macht der Sowjetunion enge Grenzen gesetzt waren, ging die NATO dabei durchaus offensiv vor. Vgl. Guillard, Joachim: Die NATO 1949-91: Kurze Bilanz einer kriegerischen Geschichte, in: DFG-VK/IMI (Hg.): Kein Frieden mit der NATO, Tübingen 2009, S. 16-17.
- ³ Vgl. bspws. Waltz, Kenneth N.: The Emerging Structure of International Politics, in: International Security, Herbst 1993, S. 44-79.
- ⁴ Dies geschah trotz des Versprechens Anfang der 90er, im Austausch für die NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands keine Erweiterung nach Osten vorzunehmen. Startschuss hierfür war im Januar 1994 das Programm "Partnerschaft für den Frieden", in dessen Rahmen die ehemaligen Ostblockstaaten an das Bündnis herangeführt wurden.
- ⁵ Vgl. Pflüger, Tobias: Die Waffe des Westens: Strukturen und Strategien der NATO in einer brüchig werdenden Weltordnung, in: DFG-VK/IMI 2009, S. 1-10.
- ⁶ Theiler, Olaf: Die NATO im Umbruch, Baden Baden 2003.
- ⁷ Vgl. Rilling, Rainer: Risse im Empire, Berlin 2008, S. 78ff.
- ⁸ „Jervis hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dieses radikale Konzept sich nicht ausschließlich gegen Russland und China richtet, sondern gleichermaßen gegen Europa.“ Vgl. ebd., S. 81.
- ⁹ Vgl. Kupchan, Charles A.: The End of the West, in: The Atlantic Monthly (November 2002); Lieven, Anatol: The End of the West?, in: Prospect, Issue 78 (September 2002); Friedman, Thomas: Is this the start of the end of the West?, New York Times, 08.11.2003.
- ¹⁰ Vgl. zur Strategie der Bush-Administration Halper, Stefan/Clarke, Jonathan: America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order, Cambridge 2004; Rilling 2008.
- ¹¹ Fukuyama, Francis: The End of History?, in: The National Interest, Summer 1989.
- ¹² Pijl, Kees van der: Globale Rivalitäten und Aussichten auf Veränderung, in: Arrighi, Giovanni u.a.: Kapitalismus Reloaded, Hamburg 2007, S. 33-52, S. 33.
- ¹³ Vgl. Harris, Jerry: US-Imperialism after Iraq, in: Race & Class, Vol. 50, No. 1 (2008), S. 37-58, S. 38.
- ¹⁴ Vgl. zu den Überschneidungen zwischen Bush und Obama Brose, Christian: The Making of George Obama, Foreign Policy, Januar/Februar 2009, S. 53-55.
- ¹⁵ Europäischer Thinktank mit Griff zur Weltherrschaft (SB), DILJA/1079: ECFR (1), URL: <http://tinyurl.com/cj9der>
- ¹⁶ The Washington NATO Project: Alliance Reborn: An Atlantic Compact for the 21st Century, Februar 2009; Naumann, Klaus/Shalikashvili, John/Lord Inge/Lanxade, Jacques/Breemen, Henk van den: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership, Januar 2008, URL: <http://tinyurl.com/5bujl9>;
- ¹⁷ Khanna, Parag: Waving Goodbye to Hegemony, The New York Times Magazine, 27.01.2009; vgl. auch Zakaria, Fareed: The Rise of the Rest, Newsweek, 12.05.2008; Haass, Richard N.: The Age of Nonpolarity. What Will Follow us Dominance, in: Foreign Affairs, May/June 2008; Orlov, Dmitry: Reinventing Collapse: The Soviet Example and American Prospects, Gabriola Island 2008; Layne, Christopher: The Waning of U.S. Hegemony – Myth or Reality?, in: Internationale Security, Summer 2009, S. 147-172. Vgl. für einige der wenigen Gegenstimmen Brooks, Stephen/Wohlforth, William: World Out of Balance, Princeton 2008; Lieber, Robert J.: Falling Upwards: Declinism, The Box Set, in: World Affairs, Sommer 2008; und Joffe, Josef: Der Cassandra-Komplex, in: Internationale Politik, September/Okttober 2009, S. 99-109.
- ¹⁸ Vgl. Wagner, Jürgen: Militärischer Neoliberalismus, in: Schröter, Lothar (Hg.): USA – Supermacht oder Koloss auf tönernen Füßen?, Schkeuditz 2009, S. 91-122, S. 119.
- ¹⁹ Vgl. Nye, Joseph: The Decline of America's Soft Power, in: Foreign Affairs, May/June 2004, S. 16-20. Mit der Wahl Barack Obamas hat sich das Ansehen der USA substantiell verbessert, dennoch ist die Akzeptanz einer uneingeschränkten US-amerikanischen Führungsrolle spürbar gesunken. Vgl. zu den Auswirkungen der Wahl Obamas auf das Ansehen der USA Transatlantic Trends 2009.
- ²⁰ Vgl. Krepinevich, Andrew F.: The Pentagon's Wasting Assets, in: Foreign Affairs, July/August 2009, S.18–33.
- ²¹ Pape, Robert A.: Empire Falls, in: The National Interest, Januar/Februar 2009.
- ²² National Intelligence Council: Global Trends 2025: A Transformed World, November 2008.
- ²³ Vgl. Grevi, Giovanni: Scanning the future. American and European perspectives, EUISS Policy Brief, December 2008; vgl. auch ders.: The interpolar world: a new scenario, EUISS Occasional paper, Juni 2009.
- ²⁴ „In Wahrheit haben Gewinner und Verlierer im Weltkrieg um Wohlstand die Rolle getauscht. Die neue Stärke der Asiaten führt zu einer Schwächung des Westens. Ihr Aufstieg ist unser Abstieg.“ Vgl. Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand: Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden, München 2008², S. 12.
- ²⁵ National Intelligence Council 2008, S. iv.

-
- ²⁶ Altman, Roger C.: The great Crash, 2008: A Geopolitical Setback for the West, in: Foreign Affairs, Januar/Februar 2009.
- ²⁷ Foroohar, Rana: Power Up, Newsweek, 30.03.2009; vgl. auch Grevi 2009, S. 7. Richtig sind sicherlich die Verweise, etwa von Joffe 2009, dass die gegenwärtigen Wachstumsraten nicht mit Sicherheit für die Zukunft angenommen werden können. Auch die Betonung erheblicher Risiken – im Falle Chinas etwa interner Unruhen, bei Russland die Abhängigkeit von hohen Ölpreisen – trifft zu. Dennoch ist der feststellbare Trend einer Machtverschiebung eindeutig – allein über deren Umfang und Geschwindigkeit lässt sich debattieren.
- ²⁸ Kishore Mahbubani: The New Asian Hemisphere: The Irresistible Shift of Global Power to the East, New York 2008, S. 5; 103.
- ²⁹ Vgl. Layne 2009, S. 148.
- ³⁰ National Intelligence Council 2008, S. 32.
- ³¹ The National Intelligence Strategy, August 2009, S. 3.
- ³² Vgl. James Rogers/Luis Simón: The Status and Location of the Military Installations of the Member States of the European Union and their Potential Role for the European Security and Defence Policy (ESDP), Policy Department External Policies, Briefing Paper, February 2009, S. 3.
- ³³ Dettmer, Markus u.a.: Unheimliche Parallelen, Der Spiegel, 18/2009.
- ³⁴ Busse, Nikolaus: Entmachtung des Westens. Die neue Ordnung der Welt, Berlin 2009, S. 10f.
- ³⁵ Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008, S. 7; vgl. bspws. auch Bobbit, Philip: Russia's aggression in Georgia is a portent of perils to come, The Spectator, 13.08.2008 und zahlreiche Aussagen in Kortweg, Rem/Podkolinski, Richard: New Horizons. Finding a path away from NATO's de-solidarisation, The Hague Centre for Strategic Studies, März 2009.
- ³⁶ America's Army: The Strength of the Nation, The Army Modernization Strategy 2008, S. 5f.
- ³⁷ National Intelligence Council 2008, S. v.
- ³⁸ Die beiden anderen BRIC-Staaten, Brasilien und Indien, scheinen derzeit in der westlichen Planung nicht als potenzielle Gegner wahrgenommen zu werden, sondern eher als Trophäen, die es in den eigenen Block zu integrieren gilt. Allerdings bedürfte die Positionierung dieser beiden Länder im heraufziehenden Machtgeflecht einer nähergehenden Analyse, die an dieser Stelle nicht geleistet werden kann.
- ³⁹ "In den Köpfen vieler Strategen ist die traditionelle Geopolitik des militärischen Gleichgewichtes durch die Geopolitik der Energiebeziehungen ersetzt worden. [...] In Europa haben Sorgen über die North-Stream-Pipeline Bedenken über die Fulda-Lücke abgelöst. Und Neuerwerbungen von Gazprom werden mit fast derselben Ängstlichkeit betrachtet wie lokale Stimmgewinne kommunistischer Parteien in verschiedenen westlichen Ländern während des Kalten Krieges." Vgl. Trenin, Dimitri: Energy geopolitics in Russia-EU relations, in: Pipelines, Politics and Power: The future of EU-Russia energy relations, Centre for European Reform, October 2008, S. 15-24, S. 15.
- ⁴⁰ Rühle, Michael: Keine Alternative zur globalen Rolle der USA, NZZ, 24.02.2009.
- ⁴¹ Vgl. Wagner, Jürgen: Gas-OPEC und Afrikanische Nabucco, in: AUSDRUCK (Februar 2009); ders.: Der Russisch-Europäische Erdgaskrieg: NABUCCO, die Gas-OPEC und die Konturen des Neuen Kalten Krieges, Studien zur Militarisierung EUropas 30/2007.
- ⁴² Vgl. Monaghan, Andrew: NATO and energy security after the Strasbourg-Kehl summit, NATO Defence College Report, Juni 2009; Wagner, Jürgen: Deutschlands Kampf um den letzten Tropfen, in: AUSDRUCK (Februar 2008), S. 17-25; Varwick, Johannes: Die militärische Sicherung von Energie, in: Internationale Politik, März 2008, S. 50 und Kortweg/Podkolinski 2009, S. 45ff.
- ⁴³ Kreimeier, Nils/Wetzel, Hubert: EU und USA zittern vor neuer "Opec", Financial Times Deutschland, 06.03.2007.
- ⁴⁴ Die Bildung einer Energie-NATO ist bislang innerhalb des Bündnisses noch nicht mehrheitsfähig, wird aber u.a. von mehreren osteuropäischen Staaten unterstützt. Allein dass von prominenten Vertretern des außenpolitischen Establishments Überlegungen in diese Richtung angestellt werden, zeigt jedoch wie konfliktbeladen das Verhältnis mit Russland ist. Im Wortlaut äußerte sich Lugar folgendermaßen: "Wir hoffen, dass Energiekartelle nicht gebildet werden, um die verfügbare Versorgung zu begrenzen und den Markt zu manipulieren. [...] In den worst-case-Szenarien werden Öl und Gas die Währung, mit der die energiereichen Staaten ihre Interessen gegenüber importabhängigen durchsetzen. Die offene Verwendung von Energie als Waffe ist keine theoretische Gefahr in der Zukunft - dies passiert schon heute. [...] Russlands Einstellung der Energielieferungen an die Ukraine zeigten, wie verführerisch die Verwendung von Energie zur Erreichung politischer Ziele ist und unterstrich die Verletzbarkeit der Konsumenten. [...] Die Allianz muss anerkennen, dass die Verteidigung gegen solche Angriffe unter Artikel fünf fällt. [...] Wir sollten anerkennen, dass es kaum einen Unterschied dazwischen gibt, ob ein NATO-Mitglied dazu gezwungen wird, einer ausländischen Erpressung aufgrund der Einstellung der Energieversorgung nachzugeben und einem Mitglied, das sich einer militärischen Blockade oder einer militärischen Demonstrationen an seinen Grenzen gegenübersteht." Vgl. Energy and NATO, Senator Lugar's keynote speech to the German Marshall Fund conference on Monday, November 27, 2006 in Riga, Latvia, in advance of the NATO Summit.

-
- ⁴⁵ Vgl. Karaganov, Sergei: A New Epoch of Confrontation, in: Russia in Global Affairs, Nr. 4, Oktober-Dezember 2007.
- ⁴⁶ Die weiteren SCO-Mitglieder sind Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan.
- ⁴⁷ Der Beobachterstatus ist insofern höchstrelevant, als dass diese in zahlreiche SCO-Aktivitäten direkt eingebunden sind. Vgl. Haas, Marcel, de: The Shanghai Cooperation Organisation's momentum towards a mature security alliance, in: Scientia Militaria, Nr. 1/2008, S. 14-30, S. 15 FN3.
- ⁴⁸ Blomfield, Adrian: Putin praises strength of 'Warsaw Pact 2', London Telegraph, 17.08.2007.
- ⁴⁹ Nerlich, Uwe: Energy Security or a New Globalization of Conflicts? Oil and Gas in Evolving New Power Structures, in: Strategic Insights, Volume VII, Issue 1 (February 2008). Haas 2009, S. 18f. listet zahlreiche Faktoren auf, die dafür und dagegen sprechen, dass sich die SCO in Richtung einer Militärallianz entwickelt.
- ⁵⁰ Dillon, Dana: The Civilian Side Of the War on Terror, Policy Review, Oktober/November 2007.
- ⁵¹ Naumann u.a. 2008, S. 47f.
- ⁵² Dreyfuss, Robert: The Rise and McFaul of Obama's Russia Policy, The Nation, 02.07.2008; URL: <http://www.thenation.com/blogs/dreyfuss/334120>.
- ⁵³ Vgl. McFaul, Michael: New Russia, new threat, Los Angeles Times, 02.09.2007.
- ⁵⁴ Cohen, Ariel: How the Obama Administration Should Deal with Russia's Revisionist Foreign Policy, Heritage Backgrounder #2246, 12.03.2009, S. 1.
- ⁵⁵ Gates, Robert: A Balanced Strategy Reprogramming the Pentagon for a New Age, in: Foreign Affairs, Januar/Februar 2009.
- ⁵⁶ US-Radar in der Ukraine?, RIA Novosti, 12.10.2009.
- ⁵⁷ So äußerte sich Angela Merkel bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2009: "Die NATO hat eine wesentliche Erweiterungsrunde hinter sich, aber wir sind noch nicht am Ende. Wir haben in Bukarest gesagt: Auch die Ukraine und auch Georgien werden Mitglieder der NATO sein. Die NATO wird darauf bestehen, dass es kein Recht Dritter gibt, darüber zu entscheiden, wer Mitglied der NATO wird und wer nicht."
- ⁵⁸ Strasbourg/Kehl Summit Declaration, 04.04.2009, Ziffer 29.
- ⁵⁹ BIDEN: We Need to Confront Russia's Oil Dominance with Aggressive, High Level Diplomacy, 12.06.2008, URL: <http://tinyurl.com/crjhol>
- ⁶⁰ Vgl. Hantke, Martin: Imperiale Geopolitik: Ukraine, Georgien und der Neue Kalte Krieg zwischen der NATO und Russland, in: DFG-VK/IMI 2008, S. 52-56.
- ⁶¹ Strasbourg/Kehl Summit Declaration 2009, Ziffer 57.
- ⁶² "Wir sollten einen Schritt weiter gehen und die demokratischen Nationen in einer gemeinsamen Organisation, einer weltweiten Liga der Demokratien vereinen. [...] Die Organisation würde handeln, wenn die Vereinten Nationen versagen. [...] Wenn ich zum Präsidenten gewählt werde, werde ich innerhalb meines ersten Amtsjahres einen Gipfel der Demokratien der Welt einberufen, um die Ansichten meiner Gegenüber zu erfahren und die notwendigen Schritte zu untersuchen, um diese Vision zu realisieren." Vgl. McCain, John: An Enduring Peace Built on Freedom, in: Foreign Affairs, November/Dezember 2007.
- ⁶³ Marshall, Will: Taking NATO Global, Memo to the New President, DLC, 15.01.2009.
- ⁶⁴ Ikenberry, John/Slaughter, Anne-Marie: Forging a World of Liberty under Law, September 2006, S. 25f.
- ⁶⁵ Ebd., S. 29f.
- ⁶⁶ Daalder, Ivo/Goldgeier, James: Global NATO, in: Foreign Affairs, September/Oktober 2006.
- ⁶⁷ "Daalder's Nominierung für den Botschafterposten bei der NATO ist ein weiteres Indiz für den starken Einfluss der liberalen Falken (in der politisch korrekten Literatur meistens 'liberale Internationalisten' genannt, denn diese Bezeichnung klingt angenehmer) auf die Politik der neuen US-Regierung und zugleich ein Grund mehr, der gegenwärtigen Obama-Besoffenheit des deutschen Publikums reserviert gegenüberzustehen." Vgl. Klausen, Hans-Werner: Washingtons neuer Mann bei der NATO, Berliner Umschau, 16.03.2009.
- ⁶⁸ Naumann u.a. 2008, S. 6.
- ⁶⁹ Vgl. Rasmussen, Anders Fogh: Address to the US Chamber of Commerce, 28.02.2008.
- ⁷⁰ Allerdings finden sich auch in Deutschland, insbesondere in der CDU namhafte Unterstützer. So äußerte sich der CDU-Außenexperte Karl Lamers folgendermaßen: "Das Verhältnis zwischen Nato und EU muss neu gestaltet werden. Überhaupt muss die Nato globaler denken und sich Partnern, also Nichtmitgliedern, stärker öffnen: Ich denke da zum Beispiel an Australien, Japan und an Südkorea, die Wichtiges für die weltweite Sicherheit leisten. Die Gefahrenlage ist so mannigfaltig, dass auch die große Nato viele Allianzen schmieden muss." Vgl. Lamers, Karl: "Die Nato muss global denken", Das Parlament, 05.01.2009.
- ⁷¹ Vgl. The Washington NATO Project 2009, S. 41 und Kunze, Thomas/Keller, Patrick: Die Zukunft Der NATO, KAS Auslandsinformationen, Dezember 2008, S. 49. Schon auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 wurde eine Öffnung des Bündnisses in diese Richtung angedeutet: "Die Allianz legt großen Wert auf seine expandierenden und unterschiedlichen Beziehungen mit Partnern um den gesamten Globus. Unsere Ziele bei diesen Beziehungen umfassen die Unterstützung für Operationen, Sicherheitskooperation und ein gemeinsames Verständnis über gemeinsame Sicherheitsinteressen und darüber, die Förderung demokratischer Werte zu verbessern." Vgl. Bucharest Summit Declaration, April 2008, Ziffer 35.

-
- ⁷² Strasbourg/Kehl Summit Declaration 2009, Ziffer 40.
- ⁷³ Neue Töne aus Washington, Deutsche Welle, 07.02.2009.
- ⁷⁴ Rogosin wirft Nato versuchte Konkurrenz mit UNO vor, RIA Novosti, 13.03.2009.
- ⁷⁵ Rinke, Andreas: Metamorphose der Geopolitik, in: Internationale Politik (Juni 2009), S. 38-43, S. 41.
- ⁷⁶ Vgl. etwa Kotkin, Stephen: The Unbalanced Triangle, in: Foreign Affairs, September/October 2009.
- ⁷⁷ So etwa ein Beitrag von Inozemtsev, Vladislav: The Post-Crisis World: Searching for a New Framework, in: Russia in Global Affairs, July/September 2009, S. 150-160, S. 157f.
- ⁷⁸ "Offensichtlich wäre eine größere Feinfühligkeit gegenüber Russlands Interessen [...] angebracht, da ansonsten ein 'Reset' unmöglich sein wird. Dies wird jedoch augenscheinlich nicht passieren. Die Obama-Regierung ist fest entschlossen, die geopolitischen Interessen der USA in Eurasien zu wahren." Vgl. Areshev, Andrei: Obama's Visit to Moscow as a Step in the "Grand Game", Centre for Research on Globalization, 09.07.2009.
- ⁷⁹ Speckmann, Thomas: Die neuen Stellvertreterkriege. Russland rüstet gemeinsam mit China die Gegner des Westens auf, NZZ, 29.01.2009; siehe auch Busse 2009, S. 192: "Der Westen verliert seine letzten postkolonialen Zugriffsräume. In den strategisch wichtigen Weltgegenden entsteht eine erbitterte Rivalität mit den neuen Mächten."
- ⁸⁰ Busse 2009, S. 235.
- ⁸¹ Rahr, Alexander: Putin nach Putin – das kapitalistische Russland am Beginn einer neuen Weltordnung, Tübingen 2008, S. 10f.
- ⁸² Rogosin: USA geben ihre Hegemonie-Pläne nicht auf, RIA Novosti, 17.09.2009.
- ⁸³ Massive Aufrüstung ab 2011, Focus.de, 17.03.2009.
- ⁸⁴ Manutscharjan, Aschot: Die Strategie der Nationalen Sicherheit Russlands bis 2020, KAS Auslandsinformationen 7/2009, S. 40-61; Haas, Marcel de: Medvedev's strategy not beneficial for improved relations with the West, Clingendael Commentary, 12.05.2009.
- ⁸⁵ Dimitri Medvedev raises spectre of new Cold War, The Times Online, 26.08.2008.
- ⁸⁶ Vgl. Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002; Chang, Ha-Joon: Kicking Away the Ladder: The „Real“ History of Free Trade, Washington 2003.
- ⁸⁷ Vgl. Altman 2009.
- ⁸⁸ Vgl. Klein, Naomi: Die Schock-Strategie, Frankfurt 2009.
- ⁸⁹ National Intelligence Council 2008, S. vii; iv. Nicht zuletzt deshalb gefährden auch aus Sicht Barack Obamas die "aufstrebenden Mächte" Russland und China die Fundamente der internationalen Ordnung: "Die Bedrohungen dieses Jahrhunderts [...] gehen von mit Terroristen verbündeten Schurkenstaaten und von aufstrebenden Mächten aus, die sowohl Amerika als auch die internationalen Grundlagen der liberalen Demokratie herausfordern könnten." Vgl. Obama, Barack: Renewing American Leadership, in: Foreign Affairs, Juli/August 2007.
- ⁹⁰ Rinke 2009, S. 43. Ein Bericht über ein transatlantisches Expertentreffen zitiert anonym einen Teilnehmer, der die Einschätzung des Großteils der Beteiligten folgendermaßen zusammenfasste: "Ich glaube, wir werden zunehmend harte Auseinandersetzung darüber erleben, wer die Regeln der Politik im 21. Jahrhundert aufstellt und was die grundlegenden Prinzipien für die politischen Spielregeln sein sollen. Die OECD-Welt, die bei diesem Spiel lange mehr oder minder über ein Monopol verfügte, wird vor allem von autoritären Regimen herausgefordert, die über genug ökonomische, finanzielle und damit auch politische Macht verfügen, um ihren eigenen Weg zu gehen." Kortweg/Podkolinski 2009, S. 25. vgl. auch Cohen, Ariel: Russia's Drive for Global Economic Power, Heritage Backgrounder #2235, 30.01.2009.
- ⁹¹ Maresch, Rudolf: Zwischen Russophobie oder Russophilie, Telepolis, 07.01.2009.
- ⁹² Karaganov 2007.
- ⁹³ Vgl. Seifert, Andreas: China in Afrika: positive Effekte?, in: AUSDRUCK (Dezember 2008), S. 27-28.
- ⁹⁴ Gowan, Peter: Crisis in the Heartland, in: New Left Review, Januar/Februar 2009, S. 5-29, S. 27.
- ⁹⁵ Vgl. National Intelligence Council 2008.
- ⁹⁶ Vgl. Collier, Paul: Breaking the conflict trap, World Bank Policy Research Report 2003, S. 53; Congressional Budget Office: Enhancing US Security Through Foreign Aid, Washington, DC, April 1994, S. 5. UN Millennium Project: Investing in Development, New York 2005, URL: <http://www.who.int/hdp/publications/4b.pdf>, S. 8; Vgl. für eine hervorragende Literaturübersicht Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Heidelberg 2008, S. 36ff.
- ⁹⁷ Vgl. Engler, Mark: Empire Foreclosed? Foreign Policy in Focus, 17.04.2009.
- ⁹⁸ Liebrich, Silvia: Freier Fall ohne Netz, Süddeutsche Zeitung, 13.03.2009.
- ⁹⁹ Vgl. Lindley-French, Julian: Enhancing Stabilization and Reconstruction operations, CSIS, Januar 2009, S. 1; Kortweg, Rem/Podkolinski 2009, S. 30.
- ¹⁰⁰ Ries, Thomas: The globalising security environment and the EU, in: Vasconcelos, Álvaro de (Hg.): What ambitions for European defence in 2020?, Paris 2009, S. 55-68, S. 67.

¹⁰¹ Seit mehreren Jahren wird in den USA von wichtigen Denkfabriken gefordert, "Stabilization & Reconstruction" (S&R) zur Kernaufgabe der US-Streitkräfte zu machen. Vgl. In the Wake of War. Improving U.S. Post-Conflict Capabilities. Report of an Independent Task Force, Washington 2005; Binnendijk, Hans/Johnson, Stuart E. (Hrsg.): Transforming for Stabilization and Reconstruction Operations, Washington 2004; Scowcroft, Brent/Berger, Samuel R.: In the Wake of War. Getting Serious about Nation-Building, in: The National Interest, Herbst 2005, S. 49-53; Play to Win. Final Report of the bi-partisan Commission on Post-Conflict Reconstruction, Washington 2003; Weinstein, Jeremy M./Porter, John Edward/Eizenstat, Stuart E.: On the Brink: Weak States and US National Security, Washington 2004.

¹⁰² Naumann u.a. 2008, S. 131. Hervorhebung JW. Vgl. auch Binnendijk, Hans/Petersen, Friis: The Comprehensive Approach Initiative, Defense Horizons (September 2007), S. 1: "Die Erfahrung zeigt, dass Konfliktbeilegung die Anwendung aller Elemente nationaler und internationaler Macht erfordert - politischer, diplomatischer, ökonomischer, finanzieller, informeller, sozialer, kommerzieller wie auch militärischer. Um Krisen zu bewältigen, sollte die NATO einen Umfassenden Ansatz (Comprehensive Approach) übernehmen, der den gleichzeitigen Einsatz aller zur Verfügung stehenden zivilen und militärischen Elementente vorsieht, um Feindseligkeiten zu beenden [und] die Ordnung wiederherzustellen."

¹⁰³ Vgl. Fünf Jahre deutsche PRTs in Afghanistan, VENRO-Positionspapier 1/2009.

¹⁰⁴ Vgl. Wagner, Jürgen: Mit Sicherheit keine Entwicklung, Die Linke im Bundestag, Oktober 2008, S. 37ff.

¹⁰⁵ Vgl. Wagner 2009, 104ff.

¹⁰⁶ Ikenberry/Slaughter 2006, S. 27f.

¹⁰⁷ Dazu gehören etwa die UN-Botschafterin Susan Rice und Samantha Power, die im Nationalen Sicherheitsrat für multilaterale Angelegenheiten zuständig ist.

¹⁰⁸ <http://www.barackobama.com/issues/defense/>

¹⁰⁹ Vgl. FM 3-0: Operations, Februar 2008.

¹¹⁰ Gates 2009.

¹¹¹ "Es gehört zur Politik des Verteidigungsministeriums anzuerkennen, dass irreguläre Kriegsführung strategisch ebenso bedeutend ist wie traditionelle Kriegsführung." Vgl. Department of Defense: Directive 3000.07, 01.12.2008, S. 2.

¹¹² Tiefgreifende Veränderungen US-Streitkräften geplant, Focus.de, 07.04.2009.

¹¹³ Konkret sollen sich die Gelder künftig folgendermaßen verteilen: 50% stehen exklusiv für die Führung eines zwischenstaatlichen Krieges zur Verfügung; 10% sind erstmals ausschließlich für die Aufstandsbekämpfung vorgesehen; 40% sollen "dual use" Kapazitäten sein. Vgl. Brune, Sophie: Der Reformhaushalt des Pentagon, SWP-Aktuell, Mai 2009. Vgl. zur Transformation des "American Way of War" bspws. Bacevich, Andrew J.: The Petreus Doctrine, The Atlantic (October 2008).

¹¹⁴ Fröhlich, Stefan: Außenpolitik unter Obama, in: integration 1/2009, S. 3-16, S. 7.

¹¹⁵ Rühle, Michael: Keine Alternative zur globalen Rolle der USA, NZZ, 24.02.2009. Ganz ähnlich äußerte sich auch der britische Außenminister David Miliband in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2009: "Europas und Nordamerikas Interessen - politische, wirtschaftliche und militärische - liegen sehr nahe beieinander. [...] Jetzt ist für uns der Zeitpunkt gekommen, das Bündnis zu erneuern. Weil wir einander mehr als zuvor brauchen, da globale Macht sich heute auf immer mehr Akteure verteilt. Und weil Präsident Obama signalisiert hat, dass er unsere Partnerschaft intensivieren will." Vgl. auch Guttenberg, Karl Theodor zu: Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen, Politische Studien, Heft 423, 60 Jg., Januar/Februar 2009, S. 15-19, S. 16: "Trotz aller Meinungsverschiedenheiten: Die Grundlage der besonderen Beziehung ist bis heute nicht entfallen. Noch immer teilen Deutschland, Europa und die USA nicht nur gemeinsame Werte, sondern auch gemeinsame Interessen in zahllosen Bereichen politischen Handelns."

¹¹⁶ Vgl. Wagner, Jürgen: Neoliberaler Kolonialismus, in: AUSDRUCK (Februar 2007), S. 14-23.

¹¹⁷ Comprehensive Political Guidance, 29.11.2006, Absatz 2,6.

¹¹⁸ Keller, Patrick: Barack Obama's foreign policy. What can NATO expect from the next U.S. President?, NATO Defense College, Research Paper No. 43 (November 2008), S. 4.

¹¹⁹ Vgl. Kempin, Ronja: Frankreich und die Annäherung von NATO und EU, SWP-Aktuell 34, April 2008; Lindley-French 2009, S. 16.

¹²⁰ The Washington NATO Project 2009, S. ix. Diese Idee ist keineswegs neu. vgl. Dobbins, James: Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen, in: NATO Review (Sommer 2005); Bertram, Christoph: Abschied vom Krieg, in: NATO Review (Frühjahr 2006); Milkoreit, Manjana: Die zivile Dimension der Sicherheit ernst nehmen: die NATO als die Organisation für den Wiederaufbau nach einem Konflikt, in: NATO Review (Herbst 2007).

¹²¹ Kempin 2008. Vgl. auch Naumann u.a. 2008, S. 131 und Lindley-French 2009, ix.

¹²² The Washington NATO Project 2009, S. 36.

¹²³ Strasbourg/Kehl Summit Declaration 2009, Ziffer 18.

-
- ¹²⁴ Marshall, Will: Obama Needs a Strong Foreign Policy, Wall Street Journal, 07.11.2008.
- ¹²⁵ Joseph Biden, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2009, URL: <http://tinyurl.com/dxpiqy>
Hervorhebung im Redemanuskript.
- ¹²⁶ Obama verlangt von Europäern mehr Einsatz, Spiegel Online, 03.04.2009.
- ¹²⁷ Jaap de Hoop Scheffer, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2009.
- ¹²⁸ Klaeden, Eckart von: Erwartungen an Obamas Außenpolitik, in: Die politische Meinung, Nr. 470, Januar 2009, S. 5-9, S. 6.
- ¹²⁹ Busse, Nikolaus: Harte Zeiten für Friedensbewegte. Eine multipolare Welt bringt die klassische Machtpolitik wieder zurück, in: Internationale Politik, Juni 2009, S. 49-53, S. 53.
- ¹³⁰ Gowan, Richard/Brantner, Franziska: A Global Force for Human Rights?, ECFR, September 2008, S. 5. Auch der irische Europa-Abgeordnete Colm Burke (Europäische Volkspartei – Europäische Demokraten, EVP-ED), der Anfang Oktober als Teil einer EU-Delegation der UNO-Vollversammlung beiwohnte, beklagt die wachsende Blockbildung in den UN-Gremien: „Die Staaten tendieren dazu, in geographischen Blocks abzustimmen, und Organisationen wie die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) verwässern entweder EU-Anträge oder votieren geschlossen dagegen“. Vgl. Im Blickpunkt: Europas Einfluss in der UNO, URL: <http://tinyurl.com/dkdmod>
- ¹³¹ Flandes, Daniel/Nolte, Detlef: Zukünftige globale Machtverschiebungen, Giga Focus 5/2008, S. 1.
- ¹³² Kagan 2008, S. 96f.
- ¹³³ Robertson, George/Ashdown, Paddy: We must beef up the UN and the EU, The Times, 12.06.2008.
- ¹³⁴ Eine solche Führungsrolle wird mittlerweile sowohl von den EU-Eliten als auch der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt. Vgl. The German Marshall Fund of United States: Transatlantic Trends 2009, o.J.; Janning, Josef: Welcome Back, America?, Bertelsmann Stiftung, spotlight europe # 2008/12.
- ¹³⁵ Hockenos, Paul: US & Europe: Partnership of Equals, in: World Policy Journal, Winter 2008/2009, S. 115-126, S. 115.
- ¹³⁶ Rede von Angela Merkel auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2009.
- ¹³⁷ Kanzlerin fordert Ende der US-Alleingänge, Spiegel Online, 07.02.2008.
- ¹³⁸ Pflüger, Tobias (2009b): Verquastete Weltbilder und EU-Militarisierungskataloge, in: AUSDRUCK (April 2009), S. 21-22.
- ¹³⁹ Geben und Nehmen, Luxemburger Wort, 06.04.2009.
- ¹⁴⁰ Toje, Asle: The EU, NATO and European Defence – A slow train coming, ISS Occasional Paper, December 2008.
- ¹⁴¹ Pflüger 2009b.
- ¹⁴² Merkel, Angela/Sarkozy, Nicolas: "Wir Europäer müssen mit einer Stimme sprechen", Süddeutscher Zeitung, 03.02.2009.
- ¹⁴³ Biden 2009.
- ¹⁴⁴ Nichts kann das Strahlen trüben, FAZ.net, 04.04.2009.
- ¹⁴⁵ Strasbourg/Kehl Summit Declaration, Ziffer 20. Allerdings wurde schon auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 erstmals positiv auf die EU-Militärkomponente Bezug genommen.
- ¹⁴⁶ Wergin, Clemens/Stürmer, Michael: Washington verlangt mehr als gute Worte, Die Welt Online, 08.02.2008.
- ¹⁴⁷ Change of command at Allied Command Transformation, NATO News, 09.09.2009.
- ¹⁴⁸ Nassauer, Otfried: "Out of Area", in: Hintergrund, 2/2009, S. 13-16, S. 15.
- ¹⁴⁹ Kempin, Ronja: Frankreichs NATO-Kurs, SWP-Studie, Februar 2009, S. 6.
- ¹⁵⁰ Obama's Remarks on Iraq and Afghanistan, New York Times, 15.07.2008.
- ¹⁵¹ Steady Hand at Defense, Washington Post, 11.12.2008.
- ¹⁵² Scahill, Jeremy: All Troops Out By 2011?, Alternet, 28.02.2009.
- ¹⁵³ Council Conclusions on the ESDP, 10./11.11.2008.
- ¹⁵⁴ Vgl. Korski, Daniel/Gowan, Richard: Now the EU should get serious in Iraq, Europe's World, Autumn 2009; Vaisse, Justin/Gräfe, Sebastian: What Europe Can Do for Iraq: A Blueprint for Action, Brookings Institution, 23.04.2009; Burke, Edward: The Case for a New European Engagement in Iraq, FRIDE Working Paper, January 2009.
- ¹⁵⁵ Final communiqué of The Meeting of the North Atlantic Council at the level of Foreign Ministers, NATO Presseerklärung, 03.12.2008.
- ¹⁵⁶ Strasbourg/Kehl Summit Declaration, Ziffer 11. Hervorhebung JW.
- ¹⁵⁷ Riecke, Henning: Mehr Einsatz in Afghanistan, in: Internationale Politik, Januar 2009, S. 39-44, S. 42.
- ¹⁵⁸ Obama's Remarks on Iraq and Afghanistan, New York Times, 15.07.2008.
- ¹⁵⁹ Vgl. Wagner, Jürgen: Eskalation an allen Fronten, Graswurzelrevolution, September 2009.
- ¹⁶⁰ Berichten zufolge plante Verteidigungsminister Franz Josef Jung sogar eine Erhöhung auf 6.000 Soldaten, sah davon aber wegen den Landtagswahlen in Bayern mit Rücksicht auf die CSU ab. Vgl. Schölzel, Arnold: Nach der Wahl: mehr Krieg, Junge Welt, 31.08.2009.

-
- ¹⁶¹ „Deutschland und Europa müssen mehr tun“, FAZ, 01.07.2009.
- ¹⁶² Rühl, Lothar: Verbündeter zweiter Klasse, FAZ, 19.07.2009.
- ¹⁶³ Summit Declaration on Afghanistan, NATO Press Release (2009)045.
- ¹⁶⁴ Bericht über die laufenden bzw. anstehenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskussionen und Entwicklungen im Rahmen der NATO und der EU, Berichtszeitraum 15.April-15. Juli 2009, August 2009.
- ¹⁶⁵ Schlussfolgerungen des Vorsitzes zu der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel (18./19. Juni 2009), S. 27.
- ¹⁶⁶ Stubb, Alexander: In search of smart power, in: Vasconcelos, Álvaro de (Hg.): What ambitions for European defence in 2020? Paris 2009, S. 125-132, S. 132.
- ¹⁶⁷ Korski, Daniel: Shaping Europe's future, ECFR/11, March 2009, S. 1.
- ¹⁶⁸ National Intelligence Council: Global Trends 2025: A Transformed World, November 2008, S. 38.
- ¹⁶⁹ Neue Strategie für Afghanistan, Tagesspiegel, 05.04.2009.
- ¹⁷⁰ Regierungserklärung von Angela Merkel zum Nato-Gipfel, 26.03.2009. Hervorhebung JW.
- ¹⁷¹ NATO-Chef lockt und warnt Russland, Zeit Online, 07.02.2009.
- ¹⁷² Allerdings ist schon heute die so genannte konstruktive Enthaltung möglich, mit der sogar ein Dissens ohne Veto artikuliert werden kann.
- ¹⁷³ Naumann u.a. 2008, S. 125.
- ¹⁷⁴ The Washington NATO Project 2009, S. 43.
- ¹⁷⁵ Naumann u.a. 2008, S. 126. In "Alliance Reborn" wird die Abschaffung der caveats zwar nicht explizit, aber implizit gefordert, da sie mehrfach (S. 14; 47; 50) als großes Problem eingestuft werden.
- ¹⁷⁶ Naumann u.a. 2008, S. 125; The Washington NATO Project 2009, S. 43.
- ¹⁷⁷ The Washington NATO Project 2009, S. 45f. vgl. auch Naumann u.a. 2008, S. 128.
- ¹⁷⁸ Declaration on Alliance Security, 03.04.2009, URL: http://www.nato.int/cps/en/natolive/news_52838.htm
- ¹⁷⁹ Naumann u.a. 2008, S. 42f.